

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 102

APRIL 1993

50 Pfennig

Ost und West: Metaller, Stahlkocher schlagen zurück Arbeiter: es geht um die Macht!



waz/Blossey



MAZ/Robert Roeske

Stahl-Demo auf der Brücke der Solidarität in Rheinhausen (links), Henningsdorfer Metaller im Streik

Seit Anfang Februar gibt es massenhafte Proteste gegen die Pläne, Stahlwerke in Ost und West zu schließen und weitere Zehntausende Arbeiter zu entlassen. Zuerst hat man Rheinhausen gekillt, dann brachen die Bosse den Metalltarifvertrag im Osten und boten statt der 26 Prozent mehr Lohn (was ihre Löhne in Wirklichkeit auf nur 60 Prozent der Westlöhne angehoben hätte) nur noch 9 Prozent an. Die Reaktion auf diesen Generalangriff waren Massendemonstrationen und Warnstreiks im Ruhrgebiet und in Bonn, in Dresden, Leipzig, Rostock, Henningsdorf und anderen Städten. ÖTV- und Bergarbeiter haben überall mit den Metallern demonstriert und könnten von einer entschlossenen Führung für den Kampf gewonnen werden.

Drei Jahre nach dem D-Mark-Anschluß brennt der Klas-

senkampf von der Ruhr bis Eisenhüttenstadt. Zuerst haben die Kapitalisten mit Hilfe der SPD den deformierten Arbeiterstaat DDR zerschlagen und die Konterrevolution im Osten finanziert. Von der ehemaligen Sowjetunion bis Westeuropa hat dies Massenarbeitslosigkeit, eine antikommunistische Hexenjagd, Antisemitismus und rassistischen Terror entfesselt und Angriffe auf die Rechte der Frauen sowie den massiven Abbau von Sozialleistungen, besonders für Kinder, Kranke und Alte gebracht.

Mit der Abschaffung des Asylrechts führt die rassistische Allparteienkoalition das mörderische Programm der Faschisten aus, die von Hoyerswerda bis Mölln ihren Terror verbreiten. Die Nazis werden heute von der Leine gelassen,

Fortgesetzt auf Seite 11

Frankreich: Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung!

Innerhalb von zwei Tagen wurden drei Jugendliche maghrebischer und schwarzafrikanischer Herkunft von Bullen ermordet. Am 6. April wurde im Polizeirevier des 18. Bezirks von Paris der junge Zairer Makome M'Bo-wole von einem Polizei-Inspektor durch einen Kopfschuß ermordet. In der Nacht zum 7. April wurde Pascal Taïs, ein Jugendlicher marokkanischer Herkunft und AIDS-Kranker, in eine Zelle des Polizeireviere von Arcachon geworfen und am frühen Morgen mit gebrochenen Rip-

pen tot aufgefunden. Am 7. April erschöß in Wattrelos ein anderer Bulle Rachid Ardjouni, während er ihn mit dem Gesicht zum Boden festhielt. Wenige Tage vorher wurde der 18jährige Arbeiter Eric Simonté während seiner Festnahme durch einen Kopfschuß ermordet. Die rassistischen Razzien und Besetzungen der Wohnviertel durch die Polizei bereiten den Boden für noch mehr Morde an Maghrebiniern und Schwarzafrikanern.

Fortgesetzt auf Seite 6

„Am besten in den Reihen der SpAD/IKL“

29. März 1993

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands/Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten).

Seit nunmehr zwei Jahren setze ich mich mit dem in Euren Publikationen formulierten Programm auseinander. Dabei habe ich Übereinstimmung mit meinen Vorstellungen von kommunistischer Politik festgestellt, welche sich über mehrere Jahre hinweg durch Diskussion, Information und Beobachtung herausgebildet haben.

1987 trat ich in die Sozialdemokratische Partei ein, ausgehend von einem Standpunkt, den ich damals subjektiv als sozialistisch definierte. Ich nahm den in der sozialdemokratischen Programmatik verwendeten Begriff des „demokratischen Sozialismus“ ernst und teilte die Hoffnung mancher junger Genossen, die SPD sei durch von der Basis ausgehenden Druck zu einem Kurs des Klassenkampfes zu bewegen. Bald darauf begann ich mich mit den Ideen von Lenin und Trotzki, auf die man sich auch in manchen jungsozialistischen Kreisen berief, intensiver zu beschäftigen und näherte mich ihnen zusehends an. Gleichzeitig wurde ich von der Linie der Parteiführung, die sich nicht einmal mehr die Mühe gab, ihren Kurs der Klassenkollaboration und des Ausverkaufs von Arbeiterinteressen zu verschleiern, und von der diesbezüglichen Gleichgültigkeit der meisten Mitglieder mehr und mehr abgestoßen.

Sämtliche Ansätze, die SPD auch nur minimal in eine Richtung zu drängen, die man sozialistisch hätte nennen können, bewiesen ihre Sinn- und Wirkungslosigkeit. Ich dachte darüber nach, warum Lenin die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki in Kauf genommen hatte und verstand bald seine Argumentation, daß für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft eine in ihrer Gesamtheit revolutionäre Partei notwendig ist und nicht eine verschwindend kleine Fraktion innerhalb einer großen Organisation der Arbeiteraristokratie, sprich der SPD. Nach ca. 2,5 Jahren Mitgliedschaft zog ich aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen und erklärte meinen Austritt. Ich begann, mich mit der Politik anderer linker Gruppen auseinanderzusetzen, wobei mir nun endlich

klar war, daß ich nur noch einer Partei beitreten würde, die sich in ihrer Gesamtheit der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Trotzki verpflichtet fühlt.

Den Stalinismus konnte ich als Alternative zum Reformismus nicht akzeptieren. Obwohl ich die Eigentumsformen bezüglich der Produktionsmittel in der DDR und UdSSR als durchaus verteidigungswert betrachtete, konnte ich nicht darüber hinwegsehen, daß wesentliche Elemente des Lenismus wie Internationalismus und die Sowjetdemokratie den Parteien wie SED und DKP offenbar nichts bedeuteten. Statt dessen beobachtete ich dort Kooperation mit dem Imperialismus und stumpfsinnigen, despotischen Bürokratismus. Erscheinungen, deren Folgen nun in katastrophaler Weise zutage getreten sind und die sich in dem Begriff „Konterrevolution“ zusammenfassen lassen. Dagegen sah ich im *Spartakist* Positionen vertreten, die meines Erachtens in die richtige Richtung wiesen, z. B. Klassenkampf auf internationalistischer Basis, Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten bei gleichzeitiger Bekämpfung der dort herrschenden Bürokratie und einen konsequenten Antifaschismus, der ausschließlich auf Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung aufbaut und keinerlei Hoffnungen in den Staat des Kapitals investiert, welcher nur als Nachfolgestaat des Dritten Reiches definiert werden kann, d. h. als Viertes Reich.

Dies gilt in verstärktem Maße nach der Konterrevolution in der ehemaligen DDR, deren Repräsentanten von der Ausschwitz-Bourgeoisie zu Schauprozessen herangezerrt wurden. Diese Prozesse sind von Euch treffend charakterisiert worden: „von der falschen Klasse für die falschen Taten angeklagt“. Anderen Stellungnahmen stand ich zunächst kritisch gegenüber, z. B. Eure Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan“. Die weitere Beschäftigung mit Trotzki, der sich in der Frage der Verteidigung degenerierter Arbeiterstaaten eindeutig geäußert hatte, führte mich zu der Erkenntnis, daß die Rolle der Roten Armee in diesem Fall eine progressive war und daß der Begriff gesellschaftlichen Fortschritts nicht mit dem formalen Begriff bürgerlicher Demokratie zu verknüpfen ist, sondern mit der Frage, „Welche Klasse herrscht?“.

Demokratie, die sich die Kapitalisten erlauben können, verschleiert nur die wahren Machtverhältnisse, während eine proletarische Räte-demokratie (⇒ Diktatur des Proletariats) den lohnabhängigen Menschen erst reale Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Um dies zu erreichen, ist es als erstes notwendig, die Krise der Führung, die nach Trotzki's Worten die Krise der Menschheit bedeutet, zu bewältigen. Reformismus und Stalinismus haben ihre diesbezügliche Unfähigkeit und auch ihr fehlendes Interesse an der Lösung dieses Problems hinreichend bewiesen. Nur eine Partei, die ihren Kampf im Geiste von Marx, Engels, Lenin und Trotzki führt, wird in der Lage sein, die Avantgarde darzustellen, mit deren Programm die internationale Arbeiterklasse befähigt sein wird, den Weg zur sozialistischen Weltrevolution und letztlich zum Kommunismus erfolgreich zu beschreiten. Auch wenn meine Möglichkeiten begrenzt sind, möchte ich zu dieser Entwicklung meinen Beitrag leisten, und ich denke, daß dies am besten in den Reihen der SpAD/IKL möglich ist.

Für den Fall meiner Aufnahme verpflichte ich mich zur Anerkennung der revolutionären Parteidisziplin sowie der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und zur Zahlung eines regelmäßigen Beitrags entsprechend meinem Einkommen.

Mit kommunistischen Grüßen
Erik

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 102

April 1993

Warschauer Ghettoaufstand 1943: Ehrt die heroischen Kämpfer!

**Warschau, 1943:
Über einen Monat lang
kämpften heroische
jüdische Kämpfer des
Warschauer Ghettos
gegen die „Herren-
menschen“ der faschi-
stischen Ausrottungs-
maschinerie. Zwei Jahre
später wurde das Dritte
Reich von der Roten
Armee endgültig ver-
nichtet. Das Beispiel des
Ghettoaufstands dient
als Inspiration für all
diejenigen, die heute
gegen das Vierte Reich
kämpfen wollen**



Żydowski Instytut Historyczny, Warschau

Das Warschauer Ghetto ist zum Inbegriff für den Horror des Nazi-Holocaust geworden. Doch mehr noch — es war der Schauplatz des letzten heroischen Kapitels des kämpferischen jüdischen polnischen Proletariats. Aus dieser Tradition stammten Rosa Luxemburg, Hersch Mendel und der heldenhafte sowjetische Spion Leopold Trepper (siehe „Erinnerungen eines revolutionären jüdischen Arbeiters“, *Spartacist* Nr. 13, Herbst 1987).

Im Rahmen der grauenhaften „Endlösung“ wurden Juden aus ganz Polen und Europa im Warschauer Ghetto zusammengepfercht, wo sie auf ihre endgültige Vernichtung in Todeslagern wie Treblinka warteten. Als Anfang 1943 die totale Liquidierung des Ghettos angeordnet wurde, war dessen Bevölkerung von etwa 500 000 bereits durch eine systematische Aushungerungspolitik und durch Deportationen zu den Todeslagern auf ein Zehntel reduziert worden. Ghettokämpfer organisierten gegen den letzten Ansturm der Nazis einen Widerstand bis in den Tod. Unter unbeschreiblich widrigen Umständen, bewaffnet mit kaum mehr als ihren bloßen Händen und Molotowcocktails, versetzten die Aufständischen den Nazi-Tyrannen im besetzten Osteuropa einen Schlag; über einen Monat lang hielten sie die Elite von Hitlers Stoßtruppen in Schach, bis die Nazis das Ghetto buchstäblich in einen Haufen Schutt verwandelt hatten.

Am 19. April 1943 fing der Aufstand an, als jüdische Widerstandskämpfer die polnische, jüdische und rote Fahne über dem Ghetto hißten. Die Organisation des Widerstands nahm zu Anfang die Form eines *Bürgerkriegs* gegen Tausende jüdische Kollaborateure innerhalb des Ghettos an. Die führende Widerstandsgruppierung war die Jüdische Kampforganisation (ZOB), die andere bedeutende Kraft war die rechte zionistische Militärorganisation ZZW. Die ZOB wurde von linken Zionisten sowie der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) initiiert, die nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion von Stalin aus den überlebenden Kadern der von ihm 1938 liquidierten Kommunistischen Partei

wiederaufgebaut worden war.

Tag für Tag wurden die Nazis und ihre Marionetten trotz ihrer weit überlegenen Bewaffnung in die Flucht geschlagen. Reuben Ainsztein schreibt in *The Warsaw Ghetto Revolt* [Die Revolte im Warschauer Ghetto] (1975), daß am 1. Mai die Überlebenden Versammlungen abhielten, „auf denen sie die Internationale sangen als Zeichen des höchsten ungebrochenen Kampfwillens gegen die Neue Ordnung der Nazis“.

600 000 sowjetische Soldaten der Roten Armee sind gefallen, um Polen von der Nazi-Sklaverei zu befreien — und damit auch von den einheimischen Pogromisten, die heute mit der klerikal-reaktionären Solidarność wieder an der Macht sind. Die mit dem kapitalistischen Anschluß der DDR entfachte Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion, die zur Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten führte, hat in den Worten von Marx „die ganze alte Scheiße“ wieder hochgebracht — Antisemitismus, rassistische Pogrome, Nazi-Terror.

Nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion erklärten die jüdischen Trotzlisten des Warschauer Ghettos in ihrer Zeitung *Czerwony Sztandar* (Rote Fahne) im Juli 1941: „Der Krieg der Sowjetunion gegen Hitler ist der Krieg des internationalistischen Proletariats; er ist unser Krieg.“ Sie schlossen: „Lang lebe die Rote Armee! Lang lebe die Russische Revolution! Lang lebe die internationale Revolution!“ Die jüdischen Trotzlisten drückten mit der Zeile „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ unter dem Zeitungskopf ihrer Ghetto-Publikation das Programm des proletarischen Internationalismus aus, das allein der Barbarei ein Ende setzen kann, die der Kapitalismus in seinem Niedergang entfacht hat. Diese Tradition wird heute von der Spartakusowska Grupa Polski weitergeführt, die für die Einheit des russischen, deutschen und polnischen Proletariats kämpft, für ein revolutionär-internationalistisches Polen, in dem den heroischen Märtyrern des Warschauer Ghettoaufstands die Ehre erwiesen wird, die ihnen gebührt. ■

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Berichte von den Arbeiterkämpfen Von Eisenhüttenstadt bis zum Ruhrgebiet

Seit Beginn der Arbeiterproteste im Februar hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ihre Genossen und Unterstützer mobilisiert, in den Streiks und Protestaktionen der Metall- und Stahlarbeiter in Ost und West mit ihrer Propaganda zu intervenieren. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einigen Tagesberichten ab:

Eisenhüttenstadt, 12. Februar: An der Kundgebung für den Erhalt des Standorts nahmen fast 10 000 Arbeiter teil, darunter Delegationen aus anderen brandenburgischen Betrieben. Auf den IG-Metall-Plakaten konnte man lesen: „Keine Zukunft für die Stadt, wenn der Standort geschlossen wird“. Die Belegschaft soll von 3600 (von einst 13 000) auf 2000 reduziert werden. Die Arbeiter warteten darauf, ob irgendein Redner vielleicht einen Hoffnungsschimmer am Horizont aufzeigen könnte.

Doch ganz das Gegenteil war der Fall. So kam Stolpe mit anderen SPD-Größen in schönen Limousinen an und traute sich sogar zu erklären, er habe Unterstützung von der Treuhand erhalten – Unterstützung für die weitere Zerstörung der ehemaligen DDR-Betriebe. Die Verteidigung der Arbeitsplätze und die Ausweitung der Kämpfe nach Westen waren für die Redner von SPD, Gewerkschaftsbürokratie bis hin zur PDS kein Thema.

Alle Arbeiter waren sich bewußt, wie explosiv die Situation in Rheinhausen und Dortmund und sogar in Bayern ist. Viele sahen die Notwendigkeit für den gemeinsamen Kampf der Metall-/Stahlarbeiter und eingewanderten Arbeiter in Ost und West. Ein Arbeiter wollte sogar die Mauer wieder haben, nur wesentlich höher als vorher; nach 38 Jahren Arbeit im Betrieb bekommt er jetzt keinen Job mehr. Doch eine sozialistische Planwirtschaft in einem oder sogar einem halben Land, wie sie die Stalinisten propagierten, konnte nicht auf Dauer funktionieren.

Als wir über unseren unnachgiebigen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung erzählten, stießen wir oft auf Zustimmung. Ein Arbeiter sagte: „Wenn ich und dann auch meine Frau entlassen werden, sehe ich nicht, wie wir uns noch etwas zu essen leisten können. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung haben wir einen Riesenschritt zurück gemacht.“ Mit dieser Position steht er eindeutig links von der PDS, die zuerst die DDR ausverkauft hat und jetzt in ihrem neuen Programm die Verwüstung der DDR als „zerstörenden Fortschritt“ bezeichnet.



waz/Blossey

Bonn: 100 000 aus Ost und West gegen Entlassungen

Duisburg, 24. Februar: An der Demonstration nahmen Arbeiter von Thyssen Hamborn und Hochfeld, Krupp-Rheinhausen, aber auch Arbeiter vom Bergbau und Vertreter von fast allen Gewerkschaften teil. Viele waren mit dem, was die Gewerkschaft macht, ziemlich unzufrieden. Sie sprachen sich für große Aktionen aus. Auf der Demo sprach als erstes der SPD-Oberbürgermeister von Duisburg. Die Katze aus dem Sack ließ er mit seinen letzten Sätzen, als er sagte, daß sie seit 1945 jeglichen Radikalismus im Ruhrgebiet verhindert und so für eine „stabile“ wirtschaftliche Entwicklung gesorgt haben. Dies wollen sie weiterhin tun, und er appellierte an Bonn und Brüssel, dies zu gewährleisten.

Bereits bei seiner Rede verließen Arbeiter die Demo, aber eine regelrechte Massenabwanderung setzte ein, als ein Pfarrer zu reden anfang. Am Ende der Kundgebung wurde ein Aufruf verabschiedet, der die Bosse von Krupp und Thyssen aufforderte, die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter in deren Firmen in Brasilien zu gewährleisten. Diese wichtige Forderung kann aber nur durch die Arbeiter selbst gegen die Bosse erkämpft werden und erfordert eine internationalistische revolutionäre Führung der Arbeiterklasse.

Rheinhausen, 3.–5. März: Mittwoch – seit der Bekanntgabe der geplanten Schließung des Werks findet eine Mahnwache statt, in der Tradition der Kämpfe von 1987/88. Am ersten Tag war diese Mahnwache Teil des Warnstreiks. Fast alle Arbeiter waren freundlich und offen, aber die Stimmung war größtenteils niedergeschlagen. Einige diskutierten über den Sozialplan; es gab wenig Hoffnung, daß Dortmund sich noch Kampffaktionen anschließen würde. Gleich am Anfang trafen wir einen Arbeiter, der froh über unsere Intervention war, weil er Unterstützung gegen die sozialdemokratische Stimmungsmache suchte, die den Arbeitern einreden will, das bereits alles vorbei sei. Als ein Bullenwagen vorbeifuhr, bemerkte ein anderer: „Die wollen kontrollieren, was wir hier machen und ob sie Cromme zu Hilfe kommen müssen.“

Die Arbeiter erzählten, daß etwa 30 Prozent von ihnen Immigranten sind. Bei den militanten Kämpfen 1987/88 standen die eingewanderten Kollegen in der vordersten Reihe.

Schulungsreihe der SpAD

**Warum eine leninistische
Avantgardepartei notwendig ist**

**Lektüre: Lenin, Was tun?, Kapitel 2 und 4;
„Schlüssel zur Revolution:
Bolschewistische Führung“,
Spartacist Nr. 13 (deutsche Ausgabe)**

Donnerstag, 29. April, 18.00 Uhr
Linkstreiff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

Für weitere Informationen: Telefon (0 30) 4 92 78 66

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Donnerstag – Als die Rheinhausener mit einem Auto-korso nach Bochum fuhren, kam ein Arbeiter und erzählte, es wäre gerade eine Meldung im Bullenwagen durchgegeben worden, daß sich in Bochum 500 Skinheads versammelten (was sich später als Gerücht herausstellte). Sofort diskutierten sie darüber, daß die Nazis in Bochum Terror machen werden, damit anschließend die Stahlarbeiter beschuldigt werden könnten. Diesen Arbeitern brauchte man nicht erst zu erzählen, daß die Nazis die Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Einer bemerkte genüßlich, daß ein bestimmter (vermutlich kräftiger) Kollege über sie hinwegtrampeln würde, bis sie sich nicht mehr rühren könnten.

Freitag – Ein Arbeiter der Rheinhausener Mahnwache erzählte uns, wie am Vortag die Betriebsratsfürsten verhindern wollten, daß die kämpferischen Arbeiter mit der Presse sprechen, damit die Zeitungen wieder berichten könnten, daß keiner mehr was tun will. Er hat eine Unterbrechung der Versammlung durchgesetzt und eine Delegation organisiert, die Interviews gab. Er bemerkte, daß es unter den Rheinhausenern nur wenig Illusionen in die SPD gibt; allen ist klar, daß es nicht bei der Schließung ihres Betriebes bleiben wird. Doch schon 1987/88 haben sich die Betriebsräte an die Spitze des Kampfes gesetzt, um ihn abzuwürgen. Die umstehenden Arbeiter stimmten ihm alle zu, und viele meinten, man hätte damals weiterkämpfen müssen.

Hennigsdorf, 16. März: Wir hatten für die Demo mehrere Jugendliche aus Berlin mobilisiert. Während unsere Genossen den *Spartakist* verkauften, verteilten die Jugendlichen unser *Streik-Extra* zum ÖTV-Streik im letzten Jahr. Sie waren überrascht, wie gern die Arbeiter dieses nahmen. Als wir in der Nähe des IG-Metall-Jugendblocks einen Nazi sahen, waren die Jugendlichen zuerst der Meinung, daß der ganze Block für die Nazis war. In der Tat waren es nur zwei oder drei. Als wir die IGM-Jugend ansprachen, um die Nazis rauszuschmeißen, waren sehr schnell die IGM-Ordner da – aber nicht um zu helfen, sondern um die Nazis zu schützen!

Leipzig, 15.–29. März: Gemeinsam mit jungen Arbeitern aus der umliegenden Industrie, die sich für die Politik der Spartakisten interessieren, jagten Genossen der SpAD „Republikaner“-Faschisten aus der Montagskundgebung der Gewerkschaften. Trotz dieser Lehre tauchten die Faschisten bei der nächsten Montagsdemonstration wieder auf, diesmal mit anonymen rassistischen Flugblättern. Wir informierten den Ordnungsdienst des DGB. Diese trugen Schärpen mit „Keine Gewalt“, und wie zuvor in Hennigsdorf schützten sie die Nazi-Terroristen!

Die jungen Arbeiter, die mit uns gekommen waren und von denen einige bereits Erfahrungen mit den Faschisten hatten, waren empört über das Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten. Für die folgende Montagsdemo am 29. März mobilisierten wir gemeinsam mit ihnen und anderen Antifaschisten und Sympathisanten der SpAD einen Block, um gemeinsam gegen die Nazis vorzugehen. Allerdings wagten es die Nazis nicht, diesmal wieder aufzutau-chen. Eine exemplarische Aktion hätte es klagemacht, daß sie auf Arbeiterdemonstrationen nichts zu suchen haben.

Berlin, 1. April: Die ÖTV-Demo richtete sich gegen den Arbeitsplatzabbau und die Privatisierung von Kitas. Es waren mehrere tausend Leute da, hauptsächlich aus dem Westteil der Stadt. An die 95 Prozent waren Frauen, der Anteil von Immigrantinnen aus der Türkei war ziemlich klein. Die Demo war kämpferisch, die Frauen machten eine Menge Lärm mit Töpfen, Trillerpfeifen usw. Die Frauen werden von den Bossen wie Müll behandelt, obwohl sie eine Menge leisten. Wir verkauften innerhalb einer halben Stunde alle vorhandenen Zeitungen und verteilten schnell mehrere hundert Streik-Extras vom ÖTV-Streik im letzten Jahr. Wir zeigten die Notwendigkeit auf, ihren Kampf mit dem der Metallarbeiter besonders im Osten zu verbinden, und viele stimmten uns zu. Mit Kohl/Engholms Solidarpakt, der besonders auf die ÖTV-Mitglieder zielt, gibt es auch im öffentlichen Dienst ein großes Potential für den gemeinsamen Klassenkampf mit Metall und Stahl, Ost und West. ■

Weg mit den Anklagen gegen Markus Wolf!

Am 4. Mai soll dem DDR-Meister-spion Markus Wolf vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf der Prozeß wegen „fortgesetzten Landesverrat-tes“ gemacht werden, weil er den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen NATO und deutschen Imperialismus verteidigt hat. Nachdem die Bourgeoisie von Auschwitz den Stasi-Chef Erich Mielke aufgrund von Gestapo-Anklagen vor Gericht zertrümmerte und einen Schauprozeß gegen Erich Honecker inszenierte, verfolgt sie jetzt Markus Wolf – dessen jüdische Familie vor dem Nazi-Terror in die Sowjetunion flüchtete – weil sie Rache für den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime nehmen will. Die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd des Vierten Reichs soll jede Erinnerung an die DDR auslöschen, die Arbeiter einschüchtern, um gerade jetzt den Kampfwillen der Werktätigen in Ost und West zu brechen. Freiheit für Heinz



Spartakist

Keßler und alle Repräsentanten der DDR, Hände weg von Markus Wolf! Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Schluß mit dem Bullenterror gegen Immigranten!

Die Berliner Justiz und Polizei ist berüchtigt für ihre Verbindung zu den Nazi-Reps, und auch für ihre Brutalität und ihren Rassismus. Mit dem Anstieg des Nazi-Terrors seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gibt es auch eine Verschärfung des alltäglichen Rassismus seitens der Schläger in Uniform. Obdachlose oder Leute, die zufällig in U-Bahn oder Bus einschlafen, werden von der Polizei, von privaten Wachbullen mit scharfen Hunden und sogar BVGlern terrorisiert. Und Millionen Berliner werden dazu gezwungen, hilflose Zuschauer dieses Terrors zu sein.

Ende Dezember wurde ein Flüchtling und Folteropfer aus Iran zuerst von einem Busfahrer und dann von Berliner Bullen mit rassistischen Beschimpfungen überhäuft und geprügelt, weil er das „Verbrechen“ beging, im Bus eingeschlafen zu sein! Im Polizeirevier ohrfeigten ihn die Bullen mehrfach heftig und hetzten: „Scheißjude, warum gehst du nicht nach Israel?“ Als sie erfuhren, daß er aus dem Iran kommt, machten sie sich über den Islam lustig.

Polizeibeamte werden, wenn es überhaupt zur Anklage kommt, regelmäßig freigesprochen und erhalten damit Freibriefe für Mord. Vor kurzem erst wurde der Skandal über

die „Freiwillige Polizei-Reserve“ (FPR) bekannt, deren Reihen von Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern durchsetzt sind (siehe *Spartakist* Nr. 101, Februar/März). Die FPR wurde unter Willy Brandt (SPD) aufgebaut, als antikommunistischer Stoßtrupp gegen die DDR. Jetzt wurde sie weißgewaschen und wird weiter vor Flüchtlingsheimen eingesetzt.

BVG-Arbeiter dürfen sich nicht länger als Bullen mißbrauchen lassen. Bullen/Wachschutz raus aus den Bahnhöfen. Für Arbeiter/Immigrantenpatrouillen, um die Bahnhöfe frei zu halten von Nazi-Dreck! In Verbindung mit den jetzigen Arbeiterkämpfen können vor allem die in der ÖTV organisierten Arbeiter eine Schlüsselrolle spielen.

Angesichts der wachsenden Bullenangriffe hat die Internationale Liga für Menschenrechte eine Mahnwache unter dem Motto „Schützen statt prügeln!“ gegen Polizeiübergriffe aufgestellt. Die reformistische MLPD ruft nach einem „Verbot der Faschisten“ und schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei immer gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Deshalb fordern wir: Polizei raus aus dem DGB! Verteidigt die Zigarettenverkäufer und Hütchenspieler! Verteidigt Roma und Sinti! ■

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 1

Gegen diese Verbrechen bricht der lang unterdrückte Zorn der Jugendlichen aus, die seit Jahren täglich dem rassistischen Terror ausgesetzt sind. In der Nähe des Polizeireviers des 18. Bezirks von Paris demonstrieren jeden Tag Hunderte von Jugendlichen und rufen „Bullen: Faschisten, Mörder!“ Sie dürfen in ihrem Kampf nicht alleine stehen.

Die Ligue trotskyste (LTF), französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), ruft in einem Flugblatt vom 10. April die Arbeiterbewegung auf,

„sofort einen eintägigen Generalstreik gegen diese rassistischen Morde und gegen den Polizeiterror, der die Jugendlichen der Immigration trifft, zu organisieren. An diesem Tag sollen die Arbeiter von Paris und der ganzen Gegend zum Pariser 18. Bezirk marschieren, um die proletarische antirassistische Ordnung herrschen zu lassen. An diesem Tag sollen z. B. die Streikenden von Sopalín und ihre Unterstützer eine Massenveranstaltung im 18. Bezirk organisieren unter der Losung ‚Sieg für die Arbeiter von Sopalín!‘ Die Reinigungskräfte der RER (S-Bahn) und andere, die heute streiken, sollen dasselbe tun. Noch besser als ein einstündiger Streik der RATP (Öffentlicher Verkehrsbetrieb von Paris) ist es, wenn die Bus- und U-Bahn-Fahrer die antirassistischen Demonstranten kostenlos zum 18. Bezirk fahren. 200 000 Arbeiter, die in Verteidigung der Immigranten und ihrer Kinder mobilisiert sind, werden die Faschisten in ihre Kloaken zurückdrängen und werden den Bullen und der Regierung einen Denkkzettel verpassen.“

Wie das LTF-Flugblatt betont, findet die polizeiliche Besetzung der Immigrantenviertel nach einer Wahlkampagne statt, bei der alle großen Parteien vor Rassismus triefen. Die Mitterrand-Balladur-Regierung nutzt die jetzige Revolte aus, um die polizeiliche Verfolgung und Gewalt im Namen der rassistischen „Sicherheit“ zu verstärken. Der Belagerungszustand im 18. Bezirk erinnert an die blutige Repression gegen die algerischen Arbeiter in Frankreich während des Algerien-Kriegs, besonders in diesem Bezirk, der eine Hochburg der algerischen FLN war. Die Bullen verhaften und foltern Dutzende von Demonstranten. Ein

Mitglied der LCR (Sektion des VS) liegt im Krankenhaus, nachdem er im Polizeirevier zusammengeschlagen wurde. Die LTF fordert: *Sofortige Einstellung der Verfahren! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Bullen raus aus den Immigrantenvierteln! Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, basierend auf den Betrieben!*

Die faschistische Nationale Front, der Stoßtrupp der kapitalistischen Reaktion, hat die Wahlen ausgenutzt, um ihre Basis zu konsolidieren. Unmittelbar nach den Wahlen hat eine Faschistenbande ein Immigrantenviertel in Salon-de-Provence überfallen. Balladur bereitet sich jetzt vor, Le Pen zu treffen. Das LTF-Flugblatt ruft dazu auf:

„Die Faschisten müssen zerschlagen werden, bevor sie uns zerschlagen! In Gardanne, wo am 14. März Bergarbeiter, Jugendliche maghrebinischer Herkunft und Mitglieder der Arbeiterbewegung Le Pen und seine Schläger in die Flucht geschlagen haben, wurde die Möglichkeit von Einheitsfrontaktionen von Arbeitern und Immigranten gezeigt, um die Faschisten zu stoppen. Ein Generalstreik gegen den rassistischen Terror wird die Basis dafür legen, eine Mobilisierung von Arbeitern, Immigranten und Juden zu organisieren, um zu verhindern, daß die Nationale Front am 1. Mai wieder aufmarschiert.“

In ganz Europa haben die Arbeiter angefangen, Widerstand gegen die Angriffe auf ihren Lebensstandard zu leisten. In Frankreich haben die Arbeiter von Metall bis Bahn, Metro und Post ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Am 31. März demonstrierten 60 000 Arbeiter in Lyon, um Gewerkschafter gegen die „Justiz“ der Bosse zu verteidigen. Ein eintägiger Generalstreik gegen den rassistischen Terror wird es möglich machen, nach Jahrzehnten rassistischer und arbeiterfeindlicher „linker“ Politik und angesichts der neuen Welle der Angriffe auf die Arbeiter, das Steuer herumzureißen.

In diesem kapitalistischen und rassistischen Land wird es keine Gerechtigkeit für die Opfer des rassistischen Terrors geben. Wie das LTF-Flugblatt erklärte:

„Sie werden gerächt werden, wenn die mörderischen Bullen von denjenigen verurteilt werden, die jetzt ihre Zielscheibe sind – wenn die Macht der kapitalistischen Klasse und ihrer uniformierten rassistischen Schergen durch eine sozialistische Revolution gebrochen wird, die die Bourgeoisie enteignet und die Arbeiter an die Macht bringt. Für eine Arbeiterregierung!“ ■

Gerhard Bögelein, 16. Januar 1924 – 9. März 1993

Rotarmist, antifaschistischer Kämpfer, standhaft bis zuletzt

Die Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, trauert um den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein und teilt unser tiefstes Mitgefühl mit seinen Freunden und Unterstützern, die in seinen letzten Tagen zu ihm gestanden haben.

„Das ist für mich die Todesstrafe“, sagte Bögelein am Tag seiner Verurteilung zu „lebenslänglich“, dem 18. Mai 1992. Der antifaschistische Held Gerhard Bögelein wurde aus Rache für den Tod des Nazi-Kriegsrichters Kallmerten verurteilt, den 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipeđa die antifaschistische Justiz erteilte. Bögelein wurde zum Opfer einer rabiaten antikommunistischen Hexenjagd – wie Erich Honecker, Erich Mielke, Markus Wolf, Klaus Croissant und Christa Wolf –, mit der der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs alles vernichten will, was an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und an den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert.

Jetzt hat das Vierte Reich das Todesurteil gegen Bögelein auf Raten vollstreckt. Zwei Jahre Haft in der SPD-Hochburg Hamburg, Folter mit Handschellen und die 100fache Überdosis von Neurocil haben den schwerkranken Gerhard Bögelein von uns genommen.



Hamburger Abendblatt

Bögelein meldete sich 1940 freiwillig zur Armee. Durch seine Erfahrung in Hitlers Wehrmacht wurde er zum Antifaschisten. 1943 weigerte er sich, in einem Erschießungskommando zu dienen, das Juden und Partisanen hinrichtete. Er lief zur Roten Armee über und wurde später von den Nazis gefoltert und zum Tode verurteilt. Nur wenige Tage vor der Hinrichtung gelang ihm die Flucht. Nach dem Krieg kämpfte Bögelein weiter mit der Roten Armee gegen die faschistische Waldbrüder-Bande („Grüne Armee“) in Litauen, die den Nazi-Völkermord fortsetzte und die von Mandels „Vereinigtem Sekretariat“ bejubelt wurde. In einem Brief vom August 1992 schrieb Bögelein:

„... ich möchte behaupten, daß ich bereits seit 1943 ein anderer Deutscher war als die meisten, und 1944 habe ich statt Ausbildung für die kommende Ostzone den Kampf gegen die Hitlerdiktatur

gewählt und beinahe 2mal mein Leben eingebüßt. Nach dem Krieg stand ich öfters vor Pistole oder Maschinenpistole von faschistischen Banditen und habe manchmal nur durch mehr Glück überlebt – soll dies alles umsonst gewesen sein und ich nun als angeblicher Mörder mein Leben im bundesdeutschen Knast beenden müssen?“

Fortgesetzt auf Seite 25

Unser Genosse Gerhard Bögelein ist tot!

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Mit diesem Nachruf bekräftige ich nochmals meine feste Überzeugung, daß Gerhard, mein mitangeklagter Genosse, zu Unrecht zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist.

Es gab nur Indizien, keine Tatzeugen, aber tausend Vorurteile gegen Gerhard. Er war der Deserteur, der Kundschafter und Rotarmist. Er war der grundehrliche Antifaschist.

Gerhards Ideale waren die der Großen Französischen Revolution und die der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Er hielt es mit Büchner: „Friede den Hütten! Tod den Palästen!“ Das war sein menschliches und politisches Credo. Dafür lebte und dafür starb er.

In einem seiner Briefe an meine Frau und mich hat er uns geraten, daß wir uns mehr mit den Lehren Trotzki im Zusammenhang mit Lenins Erbe beschäftigen sollten, und schloß wörtlich: „Eines kannst Du gewiß sein. Ich war, bin und bleibe solange ich noch lebe Antifaschist und Sozialist.“

Gerhard ist bereits als Schwerkranker im Dezember 1991 inhaftiert worden. Anträge auf Haftverschonung wurden damals abgelehnt.

Die Untersuchungshaft und der Prozeß haben ihn unserer Meinung nach restlos gebrochen. Daran konnte auch sein immer wieder aufflackernder Lebenswille nichts mehr ändern.

Am 9. März 1993 versagte dann sein Herz.

Bertolt Brecht sagte einmal: „Es gibt viele Arten zu töten...“ So wurde aus dem „lebenslänglich“ dann letztlich doch ein Todesurteil. Im Oktober vorigen Jahres wurde die Revision gegen das Urteil eingereicht...

Ein Freund und Genosse ist aus den Reihen der Kämpfer für die gerechte sozialistische Gesellschaftsordnung für immer herausgetreten. Das trifft uns hart, aber es zerbricht uns nicht.

Wir schämen uns der Trauer und der Tränen nicht. Unseren Kampf werden wir im Sinne Gerhards weiterführen und verstärken.

Wir werden ihn nie vergessen!

„Aus der Geschichte lernen, heißt nicht ihre Asche, sondern ihr Feuer in die Zukunft zu tragen!“

Karl und Christina Kielhorn
Berlin, den 2. April 1993

Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Olivenzweig der PKK an NATO-Kurdenschlächter Özal

Der Völkermord an Kurden erreichte im Jahr 1992 einen neuen traurigen Höhepunkt. Während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz wurden letztes Jahr über hundert Zivilpersonen ermordet. Im August 1992 wurde zur gleichen

Stoppt den Völkermord an Kurden!

Zeit, als im kurdischen Diyarbakır der „Nationale Sicherheitsrat“ tagte, die Stadt Şırnak von 100 000 türkischen Soldaten umzingelt, überfallen und aus der Luft bombardiert. 25 000 flohen aus der Stadt, die eine Bevölkerung von 35 000 hatte. Der Kurdischen Arbeiterpartei PKK wurde offiziell der Krieg erklärt, und dies ist Teil des Völkermordes an den Kurden. Die Dörfer von Nord-Kurdistan werden mehr und mehr entvölkert. Erstmals kam es auch im Westen der Türkei, in Fethiye, zu antikurdischen Pogromen. Mit ähnlicher Blutrünstigkeit geht die Polizei gegen die Anhänger der linken türkischen Organisation Devrimci Sol vor, deren Wohnungen in den Arbeitervierteln Istanbuls mit Granaten angegriffen werden.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfen unerbittlich für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden, das bedeutet ihre Unabhängigkeit. Aber diese kann nur durch die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten – Iran, Irak, Syrien und Türkei – verwirklicht werden, die die Kurden unterdrücken und ihnen ihre Rechte vorenthalten. Um die Befreiung der Kurden zu erreichen, brauchen wir eine proletarische Revolution, die die Werktätigen des Nahen Ostens vereinigt unter der Führung einer multinationalen bolschewistischen Partei, die mit dem Programm von Trotzki's Permanenter Revolution ausgerüstet ist.

Die Kurdische Arbeiterpartei PKK hat erhebliche Autorität bei den kurdischen Werktätigen gewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil sie den Verrat der proimperialistischen feudalen Kurdenfürsten im Irak/Iran, der Talabani/Barsani, öffentlich benannte und in den Augen der kurdischen Massen seit Jahren die einzige *kämpferische* Alternative darstellt. So erklärte der PKK-Führer Abdullah Öcalan in einem Interview im März 1992, daß der Einfluß der „neuen Weltordnung“ sich in Briefen von Talabani ausdrücke, gegen die „er allergisch sei“. Öcalan greift Talabani dafür an, daß er sagt: „Leg einseitig die Waffen nieder, komm nach Ankara und triff dich mit irgendwelchen Leuten ... begnüge dich mit allem, was sie dir geben, und danke Gott“.

Öcalan hat Recht, wenn er sagt, daß aus den Verräterei seiner neuen Kumpel Talabani & Co. der „Geist der neuen Weltordnung“ spricht. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem Zerfall der Sowjetunion feierten die nationalen Bourgeoisien den „Tod des Kommunismus“. Das Echo dieses Kriegsrufes hat auch die PKK erreicht.

Solange die Sowjetunion noch existierte, konnten schwächere kapitalistische Staaten wie Syrien und Irak als Klientenstaaten von Moskau ein Quentchen Unabhängigkeit gegenüber den Imperialisten ausnutzen. Dies galt auch für kleinbürgerliche nationalistische Organisationen, die Klienten der prosovjatischen Staaten wie Syrien waren, z.B. Habashs PFLP und die PKK. Doch mit dem Golfkrieg und dem Zerfall der UdSSR wurde Syrien ein direkter Außen-

posten des US-Imperialismus. Die PKK hat ihren lokalen Schutzherrn verloren und sucht jetzt nach einem eigenen Platz in der „Neuen Weltordnung“.

So erklärt PKK-Generalsekretär Öcalan: „Ist es denn nicht notwendig, eine neue Haltung zu entwickeln, wenn eine Situation sich verändert?... Die Sowjets haben einen extremen Zentralismus praktiziert, was zusammen mit anderen Ursachen zum Zusammenbruch geführt hat.“ Und dem stellt er entgegen: „Deutschland hat sich als föderatives System entwickelt. Im Hinblick auf Ostdeutschland hätte es etwas fortschrittlicher sein können“ (*Kurdistan Report*, Januar 1992). Hier spricht Öcalan von einer *Konterrevolution*, die der Zerstörung der Sowjetunion den Weg gebahnt hat. Und dies „hätte ... fortschrittlicher sein können“? Die PKK hat nie wahrhaben wollen, daß die Existenz des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion den nationalen Befreiungsbewegungen wie der PKK Raum verschaffte. Dies zeigt sich darin, daß die PKK nie für die Errungenschaften der Oktoberrevolution eingetreten ist.

Öcalans Newroz-Geschenk an NATO/Özal

Heute wundern sich viele Militante über das gemeinsame Auftreten des „Verräters und Kollaborateurs“ Talabani mit Öcalan und hoffen, daß es ein „Trick“ sei, um Zeit zu gewinnen. Am 18. März kündigte die PKK bis zum 15. April einen einseitigen Waffenstillstand an, als „Geste des guten Willens“, und gegenüber der türkischen Regierung erklärte Öcalan: „Laßt mich friedlich nach Kurdistan zurückkehren, damit ich mich gewaltlos politisch betätigen kann“. Die Vermittler für diese „friedliche Lösung“ sind Talabani/Barsani, deren Verratsgeschichte im wechselseitigen Dienen für ihre jeweiligen Paten von Irak/Iran bis USA schon rekordverdächtig ist.

Talabani/Barsani gründeten auf der Grundlage der US-Blutorgie im Golfkrieg die Kurdistanfront, eine Vereinigung von kurdischen Organisationen im Irak und Iran. Diese Front machte den Weg frei, danach wurden Zehntausende von Kurden, die aus den Hungerzonen des Irak in Richtung Türkei auf der Flucht waren, unter dem „Schutz“ der Imperialisten bombardiert. Talabani, ausgerüstet mit einem türkischen Diplomatenpaß, holte sich persönlich die Unterstützung der türkischen Militärs gegen die Stellungen der PKK in Syrien, Irak und Libanon, die er für das hohle Versprechen einer „Autonomie“ (in Wirklichkeit eine Pufferzone für die Intervention verschiedener kapitalistischer/imperialistischer Regime) erhielt. Barsani versprach sogar, die Angriffe gegen die PKK selbst durchzuführen. Die Kämpfe im letzten Oktober, als die PKK von türkischem Militär und der Kurdistanfront eingekesselt wurde, stellten einen Wendepunkt dar. Seither hat die PKK nach eigenen Angaben enorme militärische Verluste gehabt.

Früher trat die PKK wenigstens noch für die Unabhängigkeit der Kurden ein, wenn auch nur in Türkisch-Kurdistan. Heute gibt es für sie nur noch die Föderation (jeder Teil in der Türkei hat *sein* Parlament), was nur ein kurdisches Bantustan bedeuten könnte, so wie Barsani/Talabani's Konzept für Irakisch-Kurdistan. Die Appelle an die Imperialisten sind kein „Trick“, sondern entstammen dem türkisch-kurdischen Nationalismus der PKK. Die PKK hat keine Orientierung auf die Arbeiterklasse von Istanbul bis

Anhänger der PKK auf der Newroz-Kundgebung in Cizre 1992. Das türkische Militär antwortete mit einem Blutbad



Rimscha/Medico-Bilderdienst

Berlin und Dortmund, sondern auf die Imperialisten von Bonn über Brüssel bis New York.

Viele PKKler meinen, daß sie für Sozialismus kämpfen. Doch die PKK unterstützt politisch die liberal-nationalistische HEP im türkischen Parlament, die zu Newroz an die Kurdenschlächter Özal und Demirel Nelken verteilt. Bei ihrer Suche nach Verbündeten klagt die PKK sogar darüber, daß die Unterstützung der deutschen Bourgeoisie für die kroatischen Nationalisten nicht auch ihr zugute kommt. Doch das jugoslawische Proletariat wurde durch die kapitalistische Konterrevolution in den brudermörderischen Nationalismus getrieben, der gerade von der deutschen Bourgeoisie unter Genscher entfacht wurde, als sie sogar gegen ihre imperialistischen Konkurrenten die „Souveränität“ Kroatiens und Sloweniens durchpeitschte.

Der bewaffnete Kampf der PKK war immer begleitet von Vorschlägen für eine „politische Lösung“ in der Türkei. Ihre Kampagne für ein „Nationalparlament“ und ihre dazu jetzt stattgefundenen Wahlen sowie das Mittel des impotenten „Hungerstreiks“ in Brüssel dienten dazu, mit ihrer Hauptforderung: „Die PKK als Kriegspartei international anerkennen“, auf die Imperialisten Druck auszuüben. Jetzt müssen PKKler Postkarten an den „sehr geehrten Kanzler Kohl“ verteilen, wie auf der Bonner Newroz-Demo.

Golfkrieg und „Neue-Weltordnungs“-Nationalisten

Während des Golfkriegs hat die SpAD/IKL eine un-zweideutige Seite für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und für die Verteidigung des Irak bezogen. Dagegen bejubelten Vertreter von Komkar den Blitzkrieg von USA/NATO als „Blitzkrieg der kurdischen Bewegung“. Weil sich der syrische Gönner der PKK dem imperialistischen Angriff auf den Irak anschloß, wollte die PKK damals keine Stellung gegen die US/NATO-Imperialisten beziehen. PKKler in Berlin versuchten sogar, uns Spartakisten wegen unserer grundlegenden antiimperialistischen Position aus einer Demonstration gegen den Golfkrieg hinauszuerwerfen. Die PKK ging so weit, die UNO, unter deren Schirmherrschaft das brutale Massaker durchgeführt wurde, zu bitten, eine „friedliche“ Lösung zu finden.

Wir sagten damals, daß der Sieg der US/NATO-Imperialisten die ganze Welt bedroht und zuallererst die Massaker an Palästinensern und Kurden ausweitet. Der Sieg des Imperialismus im Golfkrieg hat nicht nur der Sache eines unabhängigen Kurdistan geschadet, sondern auch im Norden Iraks die Grundlage eines kurdischen Bantustans geschaffen, wo die Kurden in Hungersnot und unter Epidemien vegetieren.

Die deutschen Imperialisten, deren Hauptinteresse der

Drang nach Osten ist, d. h. die Zurückeroberung der „Ostgebiete“ und damit auch eines Teils des Balkans, haben ihren Anspruch auf die Türkei nicht aufgegeben. Im Gegenteil, nachdem die Türkei mit massiver Hilfe des amerikanischen und deutschen Imperialismus (vor allem durch die SPD) als antisowjetisches Bollwerk zu einem NATO-Juniorpartner aufgebaut wurde, sieht Verteidigungsminister Rühe heute, daß die strategische Stellung der Türkei gegenüber den fünf turksprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken von „großer Bedeutung“ für Deutschland sei. So wird die Konterguerilla in der Türkei, die Todesschwadronen, von der GSG-9 ausgebildet.

Die türkische Bourgeoisie versucht, zwischen zwei imperialistischen Mächten (Deutschland und USA) zu lavieren und ihre großtürkischen Appetite durchzusetzen, nämlich sowohl nach Sarajewo als auch nach Mossul und Kirkük vorzustoßen und vom Zerfall der ehemaligen UdSSR zu profitieren. So reiste Ministerpräsident Özal in die fünf turksprachigen Republiken und stieß schon im Flugzeug Kriegsdrohungen gegen Armenien aus. Jetzt hat das türkische Militär seine Truppen an der Grenze zusammengezogen zur Unterstützung der aserbajdschanischen Republik im brudermörderischen Kampf gegen die armenische. Mit Bundeswehrwaffen natürlich, darunter Bestände der ehemaligen NVA.

Viertes Reich = Pate des Völkermords an Kurden

Als am 6. September in der Nähe von Cizre das nach einer Schießerei verletzte PKK-Mitglied Ugur Dündar mit einem Seil um den Hals an einen Schützenpanzer gebunden und anschließend zu Tode geschleift wird, kommt es zu großer Empörung in Deutschland. Das gepanzerte Fahrzeug, Typ SPW 60 von der ehemaligen NVA, gehört zu den regelmäßigen großzügigen Waffenlieferungen des Vierten Reichs an die türkischen Schlächter in Ankara. Auf den Wellen der Empörung fuhr noch im September der SPD-Fraktionschef Klose in die Türkei, um seine Unterstützung für den „Kampf gegen die Terroristen“ zu bestätigen.

Das Vierte Reich verfolgt die PKK in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst, führt monströse Schauprozesse gegen ihre Mitglieder und schiebt sie in der BRD als „kriminelle Schutzgelderpresser bei türkischen Ladenbesitzern“ von der Polizei gejagt. Wir verteidigen die PKK gegen die rassistische Hexenjagd. Während des Golfkriegs initiierten wir eine Einheitsfrontdemonstration in Berlin gegen den rassistischen Maulkorberlaß des Innensensors für Menschen aus dem Nahen Osten. Hieran beteiligten sich türkische und kurdische Gewerkschafter, aber nicht die PKK.

Fortgesetzt auf Seite 10

PKK...

Fortsetzung von Seite 9

Letztes Jahr wurden über 14 Journalisten in der Türkei ermordet, weil sie über den Kampf in den kurdischen Gebieten berichteten. Mittlerweile mußte auch die Tageszeitung *Özgür Gündem* aufgeben, weil sie die Sicherheit ihrer Leute nicht garantieren kann. Der deutsche Journalist Stephan Waldberg, der für Radio Dreyecksland aus den kurdischen Gebieten informierte, wurde in den Knast gesteckt, weil er einen Brief des gefallenen Kurden Celebi transportierte! Wir fordern seine Freilassung sowie die aller Gefangenen des rechten Terrors der türkischen Regierung!

Während die deutsche nationalistische Linke im wesentlichen den Völkermord an Kurden ignoriert oder den impotenten Aufrufen der PKK an die Imperialisten applaudiert, schreibt die PDS Appelle an die Bourgeoisie von Auschwitz, sie möge sich für die „friedliche Lösung“ der „Kurdenfrage“ einsetzen, und hofft, daß weniger deutsche Waffen in Kurdistan eingesetzt werden. Sie wiederholt nur die Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 14. März 1992, daß das „Kurdenproblem vom Terrorismusproblem“ getrennt werden mußte.

Das zumeist sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt überwiegend in der Diaspora in Europa und in den proletarischen Zentren von Ankara bis Istanbul. In der Arbeiterbewegung in Deutschland haben die Kurden und Türken eine strategische Position. Als Teil einer revolutionären Internationale können sie eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Klassenkampf im imperialistischen Deutschland zu verbinden mit dem Kampf des türkischen und kurdischen Proletariats im Westen der Türkei und dem Kampf für die Befreiung der Kurden.

Von Ankara bis Duisburg: PKK lehnt Klassenkampf ab

Angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Krise und des ansteigenden faschistischen Terrors bietet die PKK diesen Kurden nichts an. Gerade nach den rassistischen Morden in Mölln stand für viele Arbeiter die Mobilisierung der Gewerkschaften gegen faschistischen Terror auf der Tagesordnung. Viele kurdische Linke sehen, daß die türki-

schen vorgeblich linken Parteien die Unterdrückung des kurdischen Volkes ignorieren, und sind deshalb in eine antitürkische Stimmung verfallen. Doch es wäre ein mächtiges Zeichen der *Klassensolidarität* gewesen, wenn die PKK und andere kurdische linke Gruppen gegen die Nazimorde an den drei türkischen Frauen in Mölln protestiert hätten. Das hätte auch dazu beigetragen, den nationalen Gegensätzen zwischen Kurden und Türken entgegenzuwirken.

Als die SpAD zu einem Arbeiter/Immigrantenschutz eines Wohnheims in Berlin am 30. Januar gegen Naziangriffe aufrief, erklärten viele PKK-Mitglieder ihre Sympathie für diesen Vorschlag, wurden aber durch ihre Führung zum Hungerstreik ihrer Abgeordneten nach Brüssel mobilisiert. Die PKK hat sich in Deutschland seit den Pogromen in Rostock an *keiner* einzigen antifaschistischen Demonstration/Aktion beteiligt.

Ähnlich ist die Situation jetzt im Stahl- und Metallklassenkampf in Deutschland, wo kurdische und türkische Arbeiter an vorderster Front gegen die Entlassungen stehen. Aber die PKK macht nichts. Statt dessen hat sie über 90 000 in Europa dafür mobilisiert, ihre Stimme zum kurdischen „Nationalparlament“ abzugeben. So verstärkt die PKK den Würgegriff der SPD, die mit ihrem Einfluß in der Arbeiterklasse in Deutschland dafür sorgt, daß die Werktätigen im Kampf gegen Entlassungen und Nazi-Terror demobilisiert werden.

Das wiedervereinigte Vierte Reich zeigt die bitteren Früchte der kapitalistischen Konterrevolution mit Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und faschistischem Terror. Die SpAD hat von Anfang an gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Die „Neue Weltordnung“ ist, wie wir schon beim Golfkrieg gesagt haben, eine Vorkriegsordnung zur Vorbereitung eines dritten Weltkriegs, diesmal mit dem Szenario des atomaren Holocaust. Zunehmende Pogrome und Nazi-Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge werden begleitet von Abschiebeterror und Schließung der Grenzen durch die herrschenden Parteien, sozialdemokratisch und bürgerlich.

Die Verantwortung von Kommunisten ist es, als Volkstribun alle Immigranten und Flüchtlinge zu verteidigen und Kader aus kolonialen und halbkolonialen Ländern zu gewinnen, die die Verbindung der Arbeiterklasse zwischen den imperialistischen und rückständigen Ländern sind und zur Führung der Revolution in diesen Ländern werden. Vor uns steht auch die Aufgabe, die Generation der neuen Periode zu gewinnen, die – angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der reformistischen, stalinistischen Massenparteien – den Weg der Abkürzung mit Guerilla-Krieg und anarcho-syndikalistischen Methoden gehen und dabei im Fahrwasser der Imperialisten landen.

Eine gerechte Lösung der nationalen Frage für die Palästinenser, Kurden und die Vielzahl anderer unterdrückter Minderheiten verlangt, daß die Arbeiterklasse im ganzen Nahen Osten das Schicksal der Region bestimmt. Die Strategie einer „Revolution in Etappen“ ordnet die Arbeiter den verschiedenen nationalen/religiösen Bewegungen unter, was nur zu endlosen brudermörderischen Kriegen führt und die Macht der Imperialisten aufrechterhält. Der Schlüssel zur Befreiung ist die Schmiedung einer revolutionären internationalistischen Führung.

Wie Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der proletarischen Oktoberrevolution von 1917, über die Permanente Revolution schrieb: „Die Volksmassen jedoch zum Siege über den Block der Imperialisten, Feudalen und nationalen Bourgeois zu führen, vermag nur die revolutionäre Hegemonie des Proletariats, die sich nach der Machteroberung in die Diktatur des Proletariats verwandelt.“ Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken im Nahen Osten! ■

SPARTAKIST

**Sosyalist, Birleşik
Kürdistan Cumhuriyeti
için!**

**Für eine Sozialistische Republik
Vereinigtes Kurdistan... 5**

SPARTAKIST 4

Göçmenleri savunmak için işçiler sarfıverer okunmalıdır!

**Rostock'ta ve Her yerde Nazi
Soykırımının Başını Ezelim!**

Bestellt Stapell!
10 Pfennig pro Exemplar plus Porto

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

Metaller, Stahlkocher...

Fortsetzung von Seite 1

wie beim staatlich genehmigten Rostocker Pogrom, um morgen dem Großkapital zu dienen in seinem Drang, mehr Profite aus den Arbeitern zu pressen. In den Plänen der Bosse, eine Reserve von billigen und gefügigen Arbeitskräften zu schaffen, stellen die eingewanderten Arbeiter lediglich die ersten Opfer dar.

Der Zusammenbruch des Stalinismus und das Ende des Kalten Krieges führte nicht zu einer friedlichen „Neuen Weltordnung“, sondern zur Verschärfung der Rivalitäten zwischen den Imperialisten. Die Karlsruher Entscheidung, die Luftwaffe wieder auf dem Balkan einzusetzen, zeigt das anwachsende Großmachtstreben des wiedervereinigten Deutschland. Aber die deutschen Imperialisten haben sich finanziell übernommen und ihre kapitalistischen „Verbündeten“ zur Kasse gebeten. Um ihre Weltmacht-Ambitionen zu finanzieren, wollen sie jetzt die Ausbeutung der Arbeiter in Ost und West massiv hochschrauben.

Doch in ganz Europa hat sich der Klassenkampf enorm verschärft. In Polen forderten streikende Werft-, Metall- und Bergarbeiter „Nieder mit Walesa“; in Griechenland gibt es ständig Klassenkrieg. In Britannien machten am 31. März streikende Bergarbeiter, Eisenbahner und Londoner Busfahrer die Hauptstadt dicht; in Italien gab es am 2. April einen vierstündigen Generalstreik gegen Lohnabbau. Und hier hat der massive ÖTV-Streik im Mai 1992 Kohl eine Ohrfeige verpaßt.

Die meisten Arbeiter verstehen sehr gut, daß es hier um eine allgemeine kapitalistische Wirtschaftskrise geht. Doch die SPD-Forderung nach einer „nationalen Stahlkonferenz“ und der Streichung von Subventionen in der europäischen Stahlindustrie bedeutet nur, die Konkurrenz von Krupp und Thyssen in Spanien und Italien auszuschalten. So trägt die SPD seit 1914 Nationalismus in die Arbeiterbewegung und hetzt die Arbeiter gegeneinander, als Vorstufe zum imperialistischen Krieg. Eine einfache Lösung wie die Anhebung der Löhne auf das *höchste* Niveau, im Kampf gegen solchen giftigen Protektionismus, stellt sofort die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die für eine internationale sozialistische Planwirtschaft kämpft.

Als Anfang April bei einer ersten Warnstreikwelle auf einen Schlag über 100 000 Arbeiter in der ehemaligen DDR auf die Straßen gingen, kriegten nicht nur die Bosse einen gehörigen Schreck, sondern auch die DGB-Spitzen. Der Funke könnte leicht auf den ohnehin lodernden Westen überspringen und direkt zum gemeinsamen Kampf Ost und West führen. Aber das bedeutet einen politischen Kampf! Wenn drei Millionen Metaller auf die Straße gehen, ist das Vierte Reich dicht. Wie wir auf der Titelseite des *Spartakist* von Februar/März schrieben: „Bosse wollen Machtprobe — Geben wir's ihnen!“ Unsere Genossen haben seit Anfang Februar in Arbeiteraktionen in Ost und West interveniert und Hunderte von Zeitungen verkauft.

Der größte Schlag gegen die Tarifverträge war die Einführung der Billiglöhne in der ehemaligen DDR. Die Spaltung der Arbeiter in Ost, West und Immigranten wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung unterstützt und durchgesetzt, weil die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands war. Die entscheidende Barriere zu siegreichen Arbeiterkämpfen sind die reformistischen Führungen der proletarischen Massenparteien und der Gewerkschaften. *Auf der Grundlage eines revolutionären internationalistischen Programms in der Tradition von Lenin, Luxemburg und Liebknecht muß eine echte kommunistische Führung geschmiedet werden, die für eine wirkliche Arbeiterregierung kämpft.*

Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie bereit sind zu kämp-

fen. Deshalb gibt es auch unter den Kapitalisten Differenzen darüber, ob sie jetzt den Generalangriff wagen können — das VW-Werk bei Zwickau und Opel in Eisenach sind aus der Kampffront ausgeschert und zahlen ab 1. April sozusagen außertariflich 26 Prozent mehr. Dies dient vor allem dazu, die mächtigen Autoarbeiter abzuspalten, denen ebenfalls Massenentlassungen bevorstehen. Angesichts der breiten Angriffe und der großen Gefahren, die den Werktätigen und Unterdrückten insgesamt drohen, reichen gewerkschaftliche Kämpfe allein bei weitem nicht aus. Die Sozialdemokraten tun jetzt schon alles, um den Widerstand der Arbeiter und Unterdrückten als isolierte Einzelkämpfe totlaufen zu lassen.

Zerschlagt den SPD/DGB-„Solidarpakt“ mit den Bossen

Bei den jetzigen Arbeiterkämpfen brauchen die Arbeiter einen soliden Streik — aber wer sollte ihn führen? Steinkühler, der den Laden schon jetzt verkaufen will? So bereitete Steinkühler bereits den Ausverkauf der Arbeiterkämpfe vor, als er proklamierte: „Es wird einen Flächentarifvertrag nicht mehr geben“ (*Frankfurter Rundschau*, 10. April). Zu Ostern erklärte er seine Bereitschaft zu einem Kompromiß, der „auch weh tun“ könne. Schon bei der Bonner Demo am 26. März wurde er von vielen Arbeitern ausgepfiffen. Um die Basis der DGB-Gewerkschaften als *eine* geballte Faust zu mobilisieren, brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei, die soziale Kämpfe vereinigen kann, um Frauen, Jugendliche, Immigranten und andere Minderheiten zu verteidigen, und die für eine Arbeiterregierung kämpft!

Wir haben oft festgestellt, daß es die strategische Perspektive einer trotzkistischen Führung sein muß, die kämpferische Arbeiterklasse in Ostdeutschland mit ihrem starken Gefühl für soziale Gleichheit, das aus den Errungenschaften des Arbeiterstaats DDR stammt, als Hebel einzusetzen, um den Würgegriff der sozialdemokratischen Bürokratie über die machtvolle westdeutsche Arbeiterbewegung zu brechen. Die Kämpfe, die jetzt ausgebrochen sind, stellen diese Aufgabe konkret. Für die Arbeiter im Osten ist, wie der Betriebsratsvorsitzende von EKO-Stahl erklärte, „das Maß jetzt aber voll... Wenn die Revolution kommt, dann beginnt sie in Eisenhüttenstadt“ (*tageszeitung*, 7. April).

Aber die sozialdemokratischen DGB-Boszen fürchten dies mehr als alles andere und wollen die Proteste und Demonstrationen benutzen, um Dampf abzulassen. Die SPD ist eine *bürgerliche Arbeiterpartei*; durch die prokapitalistische Politik ihrer Führer kettet sie ihre proletarische Basis an die Bosse und deren Staat. Die Arbeiter müssen im Kampf um die eigenen Interessen vom politischen Einfluß dieser Irreführer *gebrochen* werden. Illusionen in eine SPD-Regierung oder gar eine große Koalition sind gefährlich. Das sehen wir schon dort, wo die SPD in den Landesregierungen ist, und der „Solidarpakt“ hat schon Tausende von ÖTV-Arbeitsplätzen gekostet. Einmal im Kanzleramt in Bonn, würde die SPD alle Mittel des Staates einsetzen, u. a. die Gerichte und die Polizei, um die Arbeiter zu disziplinieren und ihre Kämpfe zu brechen. Brecht mit den sozialdemokratischen Feldwebeln des Kapitals!

Verteidigt Immigranten, Frauen, Jugendliche

Bonns „Solidarpakt“ bedeutet für *alle* weniger Sozialleistungen, zu diesem Zweck wird der Rassismus gegen die unterdrücktesten Teile der Gesellschaft geschürt. Im Feldzug gegen den „Mißbrauch“ von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wird u. a. gegen Roma aus Osteuropa gehetzt, die vor Pogromen und Elend geflüchtet sind. Wegen „Steuer-

Fortgesetzt auf Seite 12

Metaller, Stahlkocher...

Fortsetzung von Seite 11

hinterziehung“ werden vietnamesische DDR-Vertragsarbeiter, die gefeuert wurden und jetzt nur vom Zigarettenverkauf leben können, bei Bullenrazzien eingelocht; an diesem Feldzug beteiligt sich die DGB-Führung mit der Hetze gegen „Schwarzarbeit“ von polnischen und tschechischen Bauarbeitern. So manipuliert die Bourgeoisie die Verzweigung rückständiger Teile der Arbeiterklasse, um sie in nationalistische Gleise abzulenken. Im Gegensatz zu diesen Versuchen, die Arbeiterklasse zu schwächen und entlang der Linien der Nationalität zu spalten, kämpfen die Spartakisten für gemeinsame Aktionen mit unseren Klassenbrüdern und -schwestern international. Vor allem in den industriellen Ballungszentren in Westdeutschland spielen die eingewanderten Arbeiter, die nicht so eng mit der SPD verbunden sind, eine entscheidende Rolle im Klassenkampf.

Die Welle der Abschiebungen von Vietnamesen, Moçambiquanern, Roma und anderen reißt nicht ab. Dabei „üben“ die Bullen die für Ende April geplante Massenabschiebung der Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR. Die Arbeiterbewegung muß mobil machen, um die Abschiebungen der Roma, Kurden und DDR-Vertragsarbeiter zu stoppen, die z. B. täglich am Flughafen Schönefeld stattfinden! Flughafenangestellte haben bereits dagegen protestiert. In Verbindung mit den jetzigen Arbeiterkämpfen können vor allem die in der ÖTV organisierten Arbeiter eine Schlüsselrolle spielen und den Flughafen dichtmachen.

Für die Arbeiter ist es lebensnotwendig, ihren Kampf gegen den ökonomischen und sozialen Kahlschlag mit dem Kampf gegen die Faschisten zu verbinden. Militante Streikkomitees und Streikpostenkettens können die Basis für die Verteidigung von Immigrant/Flüchtlingswohnheimen sein: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantmobilisierung! Wohnheime unter Arbeiterschutz! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Rostock und Mölln polarisierten diese Gesellschaft, besonders die Jugend. Für sie gibt es kürzere, schlechtere Schulausbildung, keine sozialen Freizeitprogramme, keine Jobs, keine Berufsausbildung, keine Studienplätze, keine Zukunft. Breite Schichten einer neuen Generation von antifaschistischen Jugendlichen sind politisch aktiv geworden, nicht zuletzt die zweite Generation eingewandelter Jugendlicher.

Wir brauchen massive Programme öffentlicher Arbeiten, um die Einrichtungen wieder aufzubauen, die die Kapitalisten zerstört haben. Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Tariflohn! Gleicher Lohn für gleiche

Arbeit – Ost und West und Immigranten, Männer und Frauen, auch für Lehrlinge! Berufsausbildung unter Gewerkschaftskontrolle! Kostenlose Hochschulausbildung der höchsten Qualität für alle! Weg mit den „Jugendschutz“-gesetzen! Pfaffen, Bullen und Richter raus aus der Schule, dem Schlafzimmer und der Arztpraxis!

Jetzt soll vom Bundesverfassungsgericht ein Paragraph 218 à la Memmingen für das ganze Reich durchgesetzt werden, der Immigranten am härtesten treffen wird. Die Basis der DGB-Gewerkschaften mit ihrem starken Anteil von Frauen und Immigranten muß mobilisiert werden, um 218/219 zu Fall zu bringen und das Abtreibungsrecht zu verteidigen. Wir Trotzkieker kämpfen dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung diese sozialen Fragen zu ihren eigenen macht und sie mit dem Klassenkampf *verbindet*.

Arbeiter brauchen eine revolutionäre Führung

Viele im Osten sehen die PDS als eine Alternative zur SPD an. In der „Neuen Weltordnung“ ist die „neue“ sozialdemokratische PDS aus der stalinistischen Asche hervorgegangen, bemüht, sich zu „bessern“. So wollen sie alles abstreifen, was an die DDR und die Sowjetunion erinnert. Und was bieten sie den Stahlarbeitern an? Laut Ex-PDS-Chef Gysi „mehr Regulierung und mehr Staat“, und für die Stahlindustrie „ein Quotensystem und Mindest- und Höchstpreise“, unter dem „die Produktion zurückgefahren werden müßte“ (PDS-Pressedienst, 19. März). Sein Rezept ist nicht neu: Es ist die „Sozialpartnerschaft“ der 80er Jahre – als die SPD die Massenentlassungen bei Stahl und Bergbau verwaltete!

Als Gorbatschow 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR aufgab, haben Modrow/Gysi unter der Losung „Wir sind ein Volk, 1:1“ den Imperialisten die DDR überreicht. Doch die PDS wurde bei der antikommunistischen Hexenjagd selbst zum Opfer der Konterrevolution. Statt sich zu wehren, schloß sie sich der Jagd an. Jetzt schafft sie Illusionen, daß man den Kapitalismus „reformieren“ könne, und hindert die Arbeiter an unabhängiger Klassenaktion.

Aber auch andere vorgebliche Linke haben ihr „Sonderangebot“. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) will sich mit ihrem „positiven Programm“ als Alternative präsentieren und fordert mit einer Unterschriftenkampagne „Arbeitsplätze für Millionen“. Aber diese Mao-Sozialdemokraten und Betriebsrats-Fuzzis haben gerade die kapitalistische Wiedervereinigung bejubelt, die „Arbeitsplätze für Millionen“ in der ehemaligen DDR gerade *vernichtet* hat.

Die sozialdemokratische Hausopposition Voran fordert



Timex-Arbeiterinnen in Dundee, Schottland, haben mit ihrem couragierten Kampf die Arbeiterbewegung gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze elektrisiert

Steve McTaggart

**Berlin, 7. April –
kapitalistische Konter-
revolution bedeutet
rassistischen Terror und
Massenabschiebungen.
Stoppt die Abschiebun-
gen durch Arbeiteraktion!**



Spartakist

jetzt „Überführung der Stahlkonzerne in Gemeineigentum“ und „Arbeiterkontrolle“ ... gemeinsam mit „1/3 Staatsvertretern“! Das ist eine Forderung nach Mitbestimmung, wie das Nachkriegsprogramm der SPD für die verrufene Montanmitbestimmung, wo die Arbeiter nichts und der kapitalistische Staat alles bestimmt haben. Daß dies keine Alternative bietet, zeigt sich darin, daß die Ruhrkohle AG den Abbau weiterer 28000 Arbeitsplätze ankündigte. Alle Staatsbetriebe unterliegen dem Diktat der Marktwirtschaft.

Konterrevolution und Klassenkampf in Europa

Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, und die Imperialisten wollen jetzt auch im eigenen Land den Ausgang des Zweiten Weltkriegs umkehren. Als die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlug, löste dies in weiten Teilen Europas Klassenkämpfe und vorrevolutionäre Situationen aus. Die Furcht der Herrscher vor sozialer Revolution im eigenen Land wurde dadurch verstärkt, daß die Arbeiter nach dem Sieg der Roten Armee mit neuem Respekt auf die Sowjetunion schauten.

Doch die Arbeiterkämpfe im Westen wurden von der Nordsee bis zum Mittelmeer zerschlagen und der Kapitalismus gegen den proletarischen Widerstand restauriert; im Osten errichteten die Stalinisten unter dem imperialistischen Druck des Kalten Kriegs deformierte Arbeiterstaaten. Um die Arbeiter im Westen zu beschwichtigen, gewährten ihnen die Bourgeoisien Konzessionen des „Wohlfahrtsstaats“ – alles mit der unschätzbaren Hilfe der Sozialdemokraten und Stalinisten, die die aufständischen Arbeiter niederhielten und die „Sozialpartnerschaft“ verwalteten.

Die Restauration des Kapitalismus im Osten hat sich zum Zeitpunkt einer tiefen kapitalistischen Krise ereignet. Die Maastricht-Verträge sind nichts als Papierfetzen. Die Wirtschaft des Vierten Reichs, der Mittelpunkt des kapitalistischen Europas, ist ernsthaft geschwächt, und die deutschen Imperialisten sind nicht bereit, die europäischen Sozialpläne zu finanzieren; sie reden auf ihre Partner ein, sie müßten die eigenen Häuser säubern. Eine Reihe europäischer Länder ist dazu in einer politischen Krise: In Frankreich und Italien fliegen die Regierungsparteien raus; in Deutschland und Spanien wackeln sie ganz schön, und die Bourgeoisie ist gespalten über ihre Taktik gegen die Arbeiter. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter den Kampf aufnehmen und auf breiter Front zurückschlagen.

Die Zerstörung von ganzen Industrieregionen und Millionen von Arbeitsplätzen ist nicht die Folge einer „falschen Regierungspolitik“, sondern reflektiert die eiserne Logik des verrotteten Kapitalismus mit seiner Produktionsweise für Profit. Der Kapitalismus kann nicht reformiert oder durch Parlamente gezwungen werden, anständige Lebensverhältnisse zu schaffen: Man muß dieses System durch Arbeiterrevolution zerschlagen.

Die Russische Revolution von 1917 hat gezeigt, daß die Arbeiter die Macht ergreifen und die Weltgeschichte verändern können. Sozialdemokraten wie Steinkühler & Co. predigen die Lüge über den „Tod des Kommunismus“ und das „Scheitern des Sozialismus“, um den Kapitalismus als einzigen Weg anzupreisen. Aber es ist der Stalinismus, der gescheitert ist; der Kommunismus lebt in den Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung. Wenn die Arbeiter ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen, müssen sie gegen das kapitalistische System selbst kämpfen.

Sogar der IGBE-Chef Hans Berger sagte: „Wir haben die Schnauze voll von Marktideologen“ und Bonns „Arbeitsvernichtungsprogramm“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 15. März). Das hat ihn aber nicht daran gehindert, dem neuesten Arbeitsplatzabbau bei Ruhrkohle zuzustimmen. Die Stahl- und Metallarbeiter wissen sehr wohl um ihre Macht, wie es ein Arbeiter bei der Kundgebung der Krupp/Hoesch-Arbeiter am 4. März in Essen sagte: „Wozu brauchen wir die Krupps, Thyssens oder Cromme, was die können, können wir schon lange.“ Aber damit die Arbeiter „können“, brauchen wir die politische Macht – eine sozialistische Revolution –, denn die Bourgeoisie von Auschwitz wird nicht von alleine gehen. Und wie die russischen Arbeiter damals auch, brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei in der Tradition von Marx, Lenin und Trotzki, die diesen Kampf als Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Sieg führen kann. Dafür kämpfen die Spartakisten.

Wir brauchen eine Regierung, die auf Arbeiterräten basiert, um eine geplante, kollektivierte Wirtschaft aufzubauen und einen längerfristigen Plan zu entwickeln, der auf die Bedürfnisse der Arbeiter ausgerichtet ist. Doch wie das Beispiel der DDR gezeigt hat, kann dies nicht in einem (oder einem halben) Land verwirklicht werden, sondern nur auf internationaler Ebene. Nur revolutionärer Klassenkampf öffnet den Weg zu einem Staat der Arbeiter als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

Voran: Dreckschleuder für die SPD — und sie machen es umsonst

Nachfolgendes Flugblatt wurde auf der JRE-Versammlung am 5. April in Berlin-Marzahn verteilt, um gegen den Ausschluß von Spartakisten zu protestieren.

Am Montag, dem 29. März, eröffnete ein Voran-Sprecher die wöchentliche öffentliche Versammlung der JRE-Marzahn mit der ältesten Verleumdung gegen Kommunisten und Trotzisten, daß die Spartakisten „angeblich vom Staatsschutz unterwandert“ seien und deshalb ab sofort ausgeschlossen würden ... bis 20 Uhr 30. Danach allerdings dürfte der angebliche „Staatsschutz“ wieder an den Sitzungen teilnehmen! Daß diese schmutzige Anmacherei nur dazu dient, politische Diskussionen zu vermeiden, liegt auf der Hand.

Haben wir das alles nicht schon einmal gehört? Lenin und Trotzki sollen den Menschewiki zufolge deutsches Gold bekommen haben, um die bolschewistische Revolution durchzuführen. Und Stalin verleumdete Trotzki gleichzeitig als Geheimagent für den englischen und französischen Imperialismus, Japans Mikado und Hitler. Diese schmutzigen Lügen von Sozialdemokraten und Stalinisten waren nur dazu da, die revolutionäre Politik zu verhindern, und dienten als Vorbereitung zur Gewalt gegen die Revolutionäre.

Wofür kriegen denn die Spartakisten angeblich Geld und Unterstützung vom Staatsschutz? Hat sich etwa der Staatsschutz den von den Spartakisten organisierten Protest gegen den rassistischen Überfall auf Manuel Tembe in Hohenschönhausen ausgedacht, an dem sich übrigens auch JRE-Mitglieder beteiligten? Oder vielleicht für unsere gemeinsame Mobilisierung, die Nazi-Versammlung am 24. Januar in Tegel zu stoppen? Oder war es die Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zur Verteidigung eines Wohnheims, zu der wir gemeinsam mit dem Komitee für soziale Verteidigung am 30. Januar in Berlin aufriefen? Damals lehnte die Voran/JRE-Führung es ab, mit einer solchen Aktion die Nazis wirklich zu stoppen, und rief statt dessen zur Unterstützung von Lichterketten auf. Oder war es gar unser Angebot im März, gemeinsam JRE-Versammlungen in Marzahn gegen drohende Nazi-Überfälle zu verteidigen?

Wir fragen uns, woher der Voran-Sprecher Patrick diese verlogenen Anschuldigungen hat. Sicher ist, daß es gerade die SPD ist, die in den 70er Jahren Staatsschutz und Verfassungsschutz ausgebaut hat und bis heute mit ihren Fingern dick drinnen ist. Und wer sitzt denn seit Jahrzehnten in der Staatsschutz-Partei-Deutschlands, wir oder Voran? Wenn Noske der Bluthund der deutschen Revolution war, sind die tollwütigen Hündchen von heute seine Erben.

Worum geht es hier? Die Spartakist-Arbeiterpartei, die für ihren kompromißlosen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung bekannt ist, wird von einer Organisation mit Dreck beworfen, die seit Jahren fest in den Armen der SPD liegt, des Vorreiters der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR. Für Voran konnte damals der Anschluß nicht schnell genug gehen. Einen Monat nach der antifaschistischen Massendemonstration im Januar 1990 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Trepow, die von den Spartakisten initiiert wurde, kam *Voran* Nr. 117 mit der Schlagzeile „SPD in die Offensive!“ heraus und forderte in vorauseilender Hexenjagd-Manier: „Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS“.

Jetzt wollen die Voran-Jusos mit der Gründung der JRE gerade die Jugendlichen für die SPD einfangen, die gegen die Folgen der Konterrevolution, gegen Massenabschiebungen und Nazi-Terror auf die Straße gehen. Und wir wurden

mit dieser Verleumdung genau dann angegriffen, als wir veröffentlichten, daß laut Protokoll des Juso-Bundeskongresses in Bonn Ende 1992 der Antrag der Kasseler Jusos schwarz auf weiß die Gründung der JRE vorschlug, damit „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zunehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist“. Engholms SPD der Petersberger Beschlüsse, der Sammellager und Massenabschiebungen, soll also in verzuckerter Form unter die antifaschistischen ostdeutschen Jugendlichen gebracht werden. Zu diesem Zweck griff Patrick am letzten Montag in die antitrotzkistische Mottenkiste.

Wer hat aber tatsächlich so eng mit dem Staatsschutz zusammengearbeitet? Die Wiedergründung der SPD ist 1945 massiv durch den amerikanischen OSS-CIA finanziert worden, weil die SPD als traditionell reformistische Kraft das am besten geeignete Instrument war, um einen revolutionären Aufstand abzuwürgen und die westdeutschen Arbeiter zu fesseln. Das Ostbüro der SPD, das finanziell vom CIA unterstützt und eng mit CIA und der Gehlen-Organisation (unter den Nazis „Fremde Heere Ost“) verbunden war, funktionierte als Zentrum für konterrevolutionäre Aktivitäten in der sowjetischen Zone und später der DDR.

Und wenn wir schon bei Geheimdiensten sind: Auf internationaler Ebene dient die Friedrich-Ebert-Stiftung als konterrevolutionäre Zentrale der Sozialdemokratie. Als 1974/75 in Portugal eine vorrevolutionäre Situation entstand, pumpte die SPD über ihre Stiftung (die zu Recht nach dem Mann benannt ist, der sagte: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde“) Millionen von DM in die Gründung einer portugiesischen SP, die dann eine antikommunistische Hexenjagd anstiftete und KP-Büros niederbrannte. Und in Polen hat die SPD zusammen mit der amerikanischen AFL-CIA die konterrevolutionäre Solidarność finanziert, die die klerikale Reaktion an die Macht brachte.

Warum wird gerade jetzt die Dreckschleuder gegen die Spartakisten gekurbelt? Unsere antifaschistischen Initiativen und unsere trotzkistische Politik finden Gehör unter den JRE-Aktivisten. Und vieles, was wir von Anfang an über die SPD/Voran-Verbindung von JRE gesagt haben, ist vor aller Augen eingetroffen. Mittlerweile mobilisiert die JRE zur Berliner SPD-Zentrale und reiht sich damit offen in die Tradition ihres lang verleugneten großen Bruders Voran ein, der seit Jahrzehnten als handzahme Opposition in der SPD jede Schweinerei abdeckt. Das JRE-Flugblatt vom 24. März gipfelt in einem Appell an Engholm und Konsorten: „Wir fordern von der SPD-Führung, daß sie der Änderung des Asylrechts nicht zustimmt ... daß sie einen konsequenten Kampf für neue Wohnungen, für Arbeitsplätze, gegen Entlassungen und gegen jede Kürzung im Sozialbereich führt.“

Doch viele Jugendliche sind alles andere als wild darauf, in die Partei der Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingeschleust zu werden, die Flüchtlinge und Immigranten in Sammellager sperrt und abschiebt. Ihnen haben wir eine Alternative anzubieten: das trotzkistische Programm der Mobilisierung der Jugendlichen, die sich mit den Arbeitern und Immigranten verbinden im Kampf gegen den offiziellen Rassismus von CDU und SPD genauso wie gegen den Nazi-Terror auf den Straßen. Dazu müssen wir eine revolutionäre Partei aufbauen, die für Arbeiterrevolution kämpft, um ein für alle Mal Schluß zu machen mit jeder Unterdrückung des Kapitalismus. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei. ■

Mandel sagt, er wird mit Spartakisten debattieren

Wir warten

Zu Anfang einer Serie von hochgradigen „Seminaren“ hielt der Führer des Vereinigten Sekretariats (VS), Ernest Mandel, im Februar in New York einen 10-Dollar-pro-Kopf-Vortrag über „Die Krise des Neo-Liberalismus“. Er hätte besser „Die Krise des Neokautskyanismus des VS“ heißen sollen. Etwa 50 Alt-Anhänger Mandels von der amerikanischen VS-Sektion Socialist Action und aus Solidarity (in Deutschland Gruppe Avanti und teilweise in der VSP) und eine Handvoll anderer hörten Mandels Polemik gegen „Etiketten“, die jetzt zu seinem Standard-Arsenal gehört: „Sozialisten, Kommunisten, es macht keinen Unterschied“.

Es macht sicherlich keinen Unterschied für diesen Zentrlisten für jede Saison. Für Mandel waren die „drei Aufgaben“ von Marxisten heute eine Leier von banalen liberalen Klischees: Verteidigung „aller Forderungen der Massen, die ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechen, wie sie sie sehen“; für „totale Identifikation mit Menschenrechten“, mit „radikalem Feminismus, der Umwelt“; für die „Wiedervereinigung von Sozialismus und Freiheit“ – als ob diese entgegengesetzt wären!

Offensichtlich liegen Klassenkampf, sozialistische Revolution und eine trotzkistische Partei für Mandel nicht genug im Trend. Es überrascht nicht, daß er es fertigbrachte, in seinem Vortrag nur einen einzigen Hinweis auf die Konterrevolution zu machen, die Osteuropa und die ehemalige

Sowjetunion verwüstet hat, wobei er kurz und bündig bemerkte, daß „Arbeitslosigkeit in den bürokratischen nachkapitalistischen Gesellschaften“ zum ersten Mal ansteigt.

Das VS hat guten Grund, den Mund in dieser Frage nicht allzu weit aufzureißen, hat es doch jede konterrevolutionäre Kraft in den ehemaligen deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten bejubelt, von Solidarność über die Nazi-Waldbrüder in Estland bis zu Jelzins konterrevolutionärem Aufstieg im August 1991. Jetzt verleugnen sie schwachsinnigerweise, daß die kapitalistische Konterrevolution im ganzen ehemaligen Sowjetblock stattgefunden hat.

Als ein Sprecher der Spartacist League/U.S. das Wort ergriff, um die politische Verantwortung des VS für Jelzins Konterrevolution hervorzuheben, brannte dem glattzüngigen „marxistischen“ Professor die Sicherung durch, er unterbrach unseren Genossen und verlangte „Beweise“. Mandel mag zu sehr mit seiner Vorlesungsreihe beschäftigt sein, um die Publikationen seiner eigenen Organisation zu lesen, aber er wurde sofort mit einem Zitat aus einem *Inprecor*-Artikel vom 29. August 1991 von der führenden VSlerin Catherina Verla konfrontiert, die für die Notwendigkeit, „an Jelzins Seite zu kämpfen“, eintritt.

Als ein zweiter Spartacist-Sprecher nach einem Satz vom Vorsitzenden unterbrochen wurde, trotz Widerspruchs von

Fortgesetzt auf Seite 25

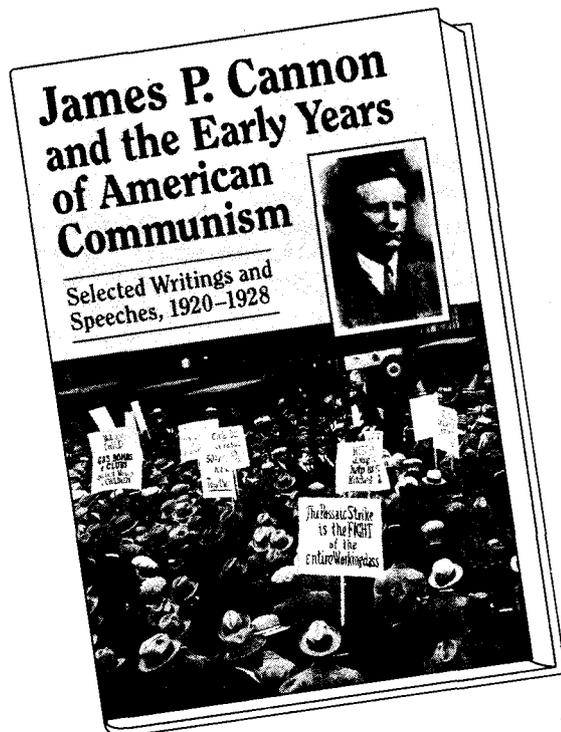
Bestellt jetzt!

**Buch der
Prometheus Research Library
Herausgegeben von der
Spartacist Publishing Company**

James P. Cannon (1890–1974) war ein Gründer und Führer des amerikanischen Kommunismus und später ein zentraler Mitarbeiter des im Exil lebenden russischen Revolutionärs Leo Trotzki. Cannon war ein Führer der syndikalistischen International Workers of the World (IWW) und war in späteren Jahren Mitbegründer der International Labor Defense (Internationale Arbeiterverteidigung, ILD), die Teil der Internationalen Roten Hilfe (MOPR) war. Er war aktiv bei der ILD-Verteidigungskampagne der Anarchisten Sacco und Vanzetti. Dieser neue Band von Cannons Schriften (auf Englisch) umfaßt die Periode, als Cannon einer der hauptsächlichen Führer der amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale war. Dieses Buch ergänzt Theodore Drapers zweibändige Geschichte des ersten Jahrzehnts des amerikanischen Kommunismus sowie Cannons eigenes Buch *The First Ten Years of American Communism* (Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus). Es erschließt wertvolles Dokumentarmaterial über die amerikanische Partei und die Stalinisierung der Kommunistischen Internationale.

Das Buch enthält u. a.:

- Eine ausführliche dokumentierte Einleitung
- Erläuternde Fußnoten zu Cannons Texten
- 16 Seiten mit seltenen historischen Fotos
- Glossar von Namen und Begriffen mit über 200 Eintragungen
- Bibliographie von Cannons Werken 1912–1928
- Index



Die Prometheus Research Library ist eine aktive Forschungseinrichtung für ein breites Spektrum marxistischer Studien sowie das Hauptarchiv der Spartacist League/U.S. und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

DM 25,- kartoniert ISBN 0-9633828-1-0
624 Seiten

zuzüglich Versandkosten DM 3,- pro Band

Bestellungen an: Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51. Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Kapitalistische Wiedervereinigung führt zur Wirtschaftskrise



La Repubblica

Italienische Arbeiter erheben sich gegen Austeritätsprogramm der Regierung, diktiert von den Frankfurter Bankiers. Konterrevolution und Wirtschaftskrise rufen Klassenkampf in ganz Europa hervor

Deutschland desorganisiert Europa

Der erste Teil dieses Artikels, den wir im Spartakist Nr. 101 abgedruckt haben, befaßte sich mit dem Ende des Mythos vom „deutschen Modell“ der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit infolge der Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung.

Teil zwei von zwei

Während den Arbeitern Westdeutschlands die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen droht, haben die Herrscher des Vierten Reiches die Werktätigen der ehemaligen DDR schon in Verelendung und Abhängigkeit vom Arbeitsamt gestürzt. Ein liberaler amerikanischer Ökonom, Robert Isaak, beobachtete: „Bei einem Besuch im ostdeutschen Bundesland Thüringen im Sommer 1991 waren die einzigen, die sich im Restaurant mehr als einen Kaffee oder ein Bier leisten konnten, die Touristen“ („Germany: Economic Powerhouse or Stalemate“ [Deutschland: Wirtschaftsmacht oder Sackgasse], *Challenge*, September/Okttober 1992).

Ein Jahr davor war die sozialisierte Wirtschaft der DDR aufgelöst worden, als die DM eingeführt und die nationalisierten Unternehmen von der westdeutschen Treuhandanstalt übernommen wurden. „Der Zusammenbruch der Industrieproduktion, der darauf folgte, ging weit über das hinaus, was bisher jemals irgendwo auf der Welt gesehen wurde“, schrieb der konservative bürgerliche Ökonom Lutz Hoffmann (in Paul J.J. Welfens, Hrsg., *Economic Aspects of German Reunification* [Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung], Springer-Verlag, 1991). Die

Industrieproduktion ist seit 1989 um 75 Prozent zusammengebrochen. Ein Jahr nach der Einführung der Währungsunion waren beinahe fünf Millionen der 9,5 Millionen Beschäftigten entweder direkt arbeitslos, auf „Kurzarbeit“ oder völlig vom Arbeitsmarkt verdrängt worden.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch war besonders verheerend für die Frauen in Ostdeutschland, die 65 Prozent der offiziell registrierten Arbeitslosen ausmachen. Die Abschaffung der kostenlosen Kinderbetreuung macht es für viele Frauen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, zu arbeiten. Teilzeitarbeitsplätze, meist von Frauen, waren das erste, was die Treuhand bei ihren „Kostensenkungsprogrammen“ wegstrich. Und Männer, die aus den Fabriken gefeuert wurden, fingen an, sich um Arbeitsplätze zu bewerben, wo traditionell eher Frauen gearbeitet hatten, z. B. als Bankangestellte, Briefträgerinnen und im öffentlichen Nahverkehr.

In grober Weise geben deutsche bürgerliche Ökonomen wie Hoffmann den Opfern die Schuld und behaupten, daß der Umtauschkurs von 1:1 von Mark der DDR in DM im Rahmen der Währungsunion im Juli 1990 die ostdeutschen Arbeiter – verächtlich bezeichnet als „eine Arbeiterschaft, die nicht daran gewöhnt war, effizient zu arbeiten“ – zu teuer für den Weltmarkt gemacht hätte. Aber Fabrikarbeiterlöhne in Dresden und Leipzig sind immer noch gerade halb so hoch wie in München und an der Ruhr.

Aber bei ihren Entscheidungen darüber, wo sie investieren, vergleichen deutsche Unternehmen die Lohnkosten in Brandenburg und Sachsen mit denen in Mexiko und Brasilien. So hat Daimler-Benz vor kurzem Pläne fallengelassen,

bei Ludwigsfelde ein LKW-Werk zu bauen, während sie weiterhin ihr mexikanisches Projekt vorantreiben. Zur gleichen Zeit zog Krupp die Pläne für eine Übernahme des größten ostdeutschen Stahlwerks EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt zurück, wobei sie sich auf die „allgemeine Misere“ auf dem europäischen Stahlmarkt beriefen.

Selbst dort, wo westdeutsche Unternehmen ehemalige DDR-Betriebe übernommen haben, haben sie die Zahl der Arbeitsplätze im Schnitt *um zwei Drittel* zusammengestrichen. Opel z. B. hat das Automobilwerk in Eisenach, das früher den Wartburg produziert hat, aufgekauft und umgerüstet. Im alten Wartburg-Werk arbeiteten 14 000 Menschen, bei der neuen Opel-Tochter arbeiten 2000.

Dies veranschaulicht sehr klar den Unterschied zwischen einer vergesellschafteten Wirtschaft, selbst wenn sie durch stalinistisch-bürokratische Mißwirtschaft deformiert ist, und einer kapitalistischen Wirtschaft. Das vorherrschende wirtschaftliche Ziel in der DDR war es, Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und dabei die Gesamtproduktion für das Land zu maximieren. Beschäftigte in Unternehmen, in denen die Produktion pro Kopf relativ niedrig lag, wurden deshalb nicht entlassen. Sie konnten zur gleichen Zeit freiwillig in besser bezahlte Arbeitsplätze in anderen Unternehmen überwechseln, was normalerweise mit höherer Produktivität einherging.

Das vorherrschende Ziel eines kapitalistischen Unternehmens ist es, die Profitrate zu maximieren, d. h. die Rendite des investierten Geldes. Dies bedeutet, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter wird auf ein Minimum gesenkt, während zur gleichen Zeit der Produktionsausstoß pro Arbeitskraft maximiert wird. In Ostdeutschland gibt es heute zur gleichen Zeit Massenarbeitslosigkeit und gesteigerte Arbeitshetze sowie Überstunden für diejenigen, die sich glücklich schätzen können, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. „Wir haben Leute, die Tag und Nacht arbeiten, und andere, die überhaupt keine Arbeit haben“, sagte der stellvertretende Bürgermeister von Bautzen der Londoner *Financial Times* (11. August 1992). Die Drohung, arbeitslos zu werden, wird benutzt, um die ostdeutschen Arbeiter gefügig zu machen für die Disziplin, die ihnen die neuen kapitalistischen Bosse auferlegen.

Dies ist ein Beleg dafür, daß die Zerstörung der Industrie der DDR nicht allein auf Profiterwägungen beruhte. Ihr Ziel war auch, das traditionell sozialistische Proletariat



Bolesch/Black Star

Kapitalistische Wiedervereinigung entfacht Nazi-Terror. Stoppt Nazis durch Arbeiter/Immigrantmobilisierung!

der DDR zu *atomisieren* und zu *terrorisieren*, um dadurch den Widerstand in der Bevölkerung gegen die neue Ordnung des Vierten Reichs zu verhindern. Zur wirtschaftlichen Verwüstung trug die Entscheidung der Treuhänder bei, 1400 leitende Wirtschaftskader zu feuern, weil sie angeblich inkompetent seien. In Wirklichkeit ist diese Säuberung der ostdeutschen Wirtschaftskader Teil einer breiteren antikomunistischen Hexenjagd, deren Ziel es ist, die DDR als einen verbrecherischen Staat darzustellen und Rache zu üben für die Niederlage, die die Rote Armee Deutschland im Zweiten Weltkrieg zugefügt hat.

Bis Ende 1991 fiel die Gesamtproduktion Ostdeutschlands um 45 Prozent auf 180 Milliarden DM. Dies entsprach ungefähr der Hälfte der Konsumnachfrage. Die andere Hälfte wurde durch Transferzahlungen der Regierung in Form von Geldern aus der Arbeitslosenversicherung, Rentenzahlungen und Sozialprogrammen finanziert. Das, was das Kohl-Regime Fonds für den „Wiederaufbau“ Ostdeutschlands nannte, war letztendlich eine *massive interne Exportsubvention* für westdeutsche Hersteller von Konsumgütern. Die einzigen produktiven Investitionen konzentrierten sich auf das Kommunikationswesen und den Verkehr,

Fortgesetzt auf Seite 18

Metaller von Bosch-Siemens riefen bei Protest im letzten Mai zur Einheit von deutschen und eingewanderten Arbeitern auf. Im Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen müssen die Arbeiter für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, kämpfen



Spartakist

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 17

um die Vermarktung der Güter, die in Westdeutschland hergestellt werden, zu erleichtern. Philip J. Bryson, ein amerikanischer Spezialist für die DDR-Wirtschaft, hat darauf hingewiesen:

„Es gibt keine zwingenden Gründe für westdeutsche Unternehmen zu investieren, um Zugang zum ostdeutschen Markt zu erlangen, der jetzt einfach Teil ihres eigenen Marktes ist. Es reicht völlig aus, die Produktionskapazitäten in westlichen Fabriken auszunutzen und einfach den entsprechenden Teil der größeren Produktion zum Verkauf in den Osten zu transportieren.“ („The Economics of German Reunification“ [Die wirtschaftliche Funktionsweise der deutschen Wiedervereinigung], *Journal of Comparative Economics*, März 1992)

1990/91 erlebte Westdeutschland einen Mini-Boom, konzentriert auf Konsumgüter infolge der subventionierten Exporte in die neuen östlichen Länder. So wurden zum Beispiel über drei Viertel der 4000 DDR-Mark, die pro Kopf zum Kurs 1:1 umgetauscht werden konnten, für neue und gebrauchte Autos aus dem Westen ausgegeben. Aber als die anfängliche Ausgabenwelle vorbei war, brachte die Finanzierung des Wiedervereinigungsdefizits sehr bald die ganze europäische kapitalistische Wirtschaft unter Druck, und die Rückwirkungen machen sich jetzt auch in Deutschland bemerkbar.

Es gibt eine Parallele zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung und den USA zu Beginn und Mitte der 80er Jahre. In beiden Fällen gab es eine massive Ausweitung der Regierungsausgaben für unproduktive Zwecke – in Amerika für Rüstungsgüter, als zum Beispiel für „Star Wars“ das Geld zum Fenster rausgeworfen wurde; in Deutschland, um die Millionen zu unterstützen, die mit der Zerschlagung der Industrie der ehemaligen DDR auf die Straße geworfen wurden. In beiden Fällen wurden die Steuereinnahmen nicht erhöht (Reagan hat für die Reichen sogar die Steuern gesenkt), was einen riesigen Anstieg der Regierungsdefizite mit sich brachte. Man schätzt, daß die Verschuldung des öffentlichen Sektors in Deutschland, die 1990 45 Prozent des Bruttosozialproduktes betrug, bis 1996 auf beinahe 70 Prozent ansteigen wird.

In beiden Fällen wurden die inflationären Auswirkungen einer von rapide ansteigenden Defiziten begleiteten Ausgabenpolitik, die das Geldvermögen der Reichen entwertet hätte, dadurch gedämpft, daß die Zinssätze auf historische Höhen getrieben wurden. Zu Beginn der 80er Jahre beschwerte sich der sozialdemokratische BRD-Kanzler Helmut Schmidt darüber, daß die US-Politik zum höchsten

Realzinsniveau „seit Christi Geburt“ geführt hätte. Und der Wall-Street-Ökonom Sam Nakagama witzelte, daß die Bekämpfung der Inflation durch eine ultra-restriktive Geldpolitik ungefähr so wirke wie Bombenteppiche: sie funktioniere durch die Einebnung der Industrie des Landes. Das Defizit wurde beinahe vollständig auf Kosten der produktiven Investitionen finanziert.

Genauso wie Reagans Amerika sich von einer Gläubiger-nation in eine Schuldernation wandelte, so ist Deutschland nach dem Anschluß zu einem Netto-Kreditnehmer auf dem weltweiten Geldmarkt geworden. Und genauso wie Reagans Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, die Welt in die Depression von 1982/83 zu stürzen, so haben das Defizit des Vierten Reiches und die wucherischen Zinsen der Bundesbank die ganze westeuropäische Wirtschaft nach unten gezogen.

Während Reagans Wirtschaftspolitik eine mehr oder weniger beabsichtigte – wenn auch mit katastrophalen Folgen verbundene – Politik war, sind die wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland seit der Wiedervereinigung das Ergebnis eines nicht abbrechenden fraktionellen Kampfes innerhalb der herrschenden Klasse. Einflußreiche Kreise des Finanzkapitals glaubten, daß Kohl zuviel für den Aufkauf der DDR auf Pump angeboten hätte. Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl wandte sich ganz offen dagegen, die Mark der DDR zum Kurs von 1:1 in DM umzutauschen. Und als Kohl sich weigerte, in Westdeutschland die Steuern zu erhöhen, trat der Bundesbankchef Ende 1990 aus Protest gegen etwas zurück, was er später als „unmöglich teure Versprechen“ bezeichnete, die den Bürgern der DDR gemacht worden seien, um ihnen den Anschluß schmackhaft zu machen.

Pöhls Kollegen jedoch übten schon bald Rache am „Kanzler des deutschen Volkes“ und ebenso am Rest der europäischen Staatsoberhäupter. Die deutsche Bundesbank rühmte sich ihrer famosen „Unabhängigkeit“ und hob die Zinssätze auf das höchste Niveau der Nachkriegszeit an. Der Diskontsatz (der Zinssatz, zu dem sich Banken Geld von der Bundesbank leihen können) wurde von 3,5 Prozent im Jahre 1989 auf 8 Prozent Anfang letzten Jahres erhöht.

Die „Verteidigung“ der geheiligten DM durch die Bundesbank schwächte noch zusätzlich die deutsche Wirtschaft und blutete den Rest des kapitalistischen Europas aus. Die hohen Kosten für die Schuldenaufnahme waren ein zusätzliches Hindernis für produktive Investitionen in Ostdeutschland, was wiederum das Defizit der Wiedervereinigung ansteigen ließ. Die Lösung, die die Bundesbank vorschlägt, heißt, den arbeitslosen Ostdeutschen die Rationen zu kürzen. Aber dies würde bedeuten, ein Streichholz in einen Kessel leicht entflammaren, ja explosiven, Materials zu werfen.



Freidemokrat Kinkel, Christdemokrat Kohl und Sozialdemokrat Engholm wollen „Solidarpakt“, damit die Arbeiter die Kosten für kapitalistische Konterrevolution zahlen

Leipzig: Ostdeutsche Metallarbeiter protestieren im letzten Dezember gegen die Verwüstung der industriellen Wirtschaft der ehemaligen DDR



Der Spiegel

Zur gleichen Zeit wachsen die Zinszahlungen an die Frankfurter und internationalen Banken schneller als die Transferzahlungen für die verarmten Ostdeutschen. Im letzten Jahr gaben Bund, Länder und Gemeinden und öffentliche Einrichtungen wie die Treuhand *rund 100 Milliarden DM* für Zinsen aus, was 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Deutschland bedeutet. Wenn es so weitergeht, werden 1995 die Zinszahlungen 18 Prozent aller Regierungsausgaben aufsaugen, verglichen mit 8 Prozent im Jahr 1989.

Die Einverleibung der DDR hat auch Deutschlands internationale Finanzsituation radikal geändert. 1989 hatte Westdeutschland einen Handelsbilanz-Überschuß von 120 Milliarden DM, wovon mehr als 60 Milliarden in Form von Bankkrediten und Erwerb von ausländischen Wertpapieren auf die weltweiten Finanzmärkte zurückflossen. Mit der Wiedervereinigung lenkten Westdeutschlands Fabrikanten ihre Exporte von ausländischen Märkten auf den neu eroberten Markt östlich der Elbe um, wobei die darüber hinausgehende Konsumnachfrage zu zunehmenden Importen führte.

1991 hatte sich Deutschlands Handelsüberschuß auf 38 Milliarden DM reduziert. Aber das wurde mehr als ausgeglichen durch die Ausgaben deutscher Touristen im Ausland, durch Überweisungen von eingewanderten Arbeitern an ihre Familien in der Türkei, Jugoslawien usw., durch Bonns Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft und die Hilfe für die neuen konterrevolutionären Regime in Osteuropa. Dadurch hatte Deutschland ein Zahlungsbilanzdefizit von 30 Milliarden DM, was finanziert wurde durch Auflösung von Auslandsguthaben und Kreditaufnahme auf dem internationalen Geldmarkt. Das reichste Land in Europa zog Geld aus Britannien, Italien, Spanien usw. an. Um das massive Abfließen von Kapital nach Frankfurt am Main zu verhindern, mußten diese Länder ihre eigenen Zinssätze anheben, was ihre sich schon in der Krise befindende Wirtschaft noch weiter in die Rezession trieb.

Klassenkampf im Vierten Reich

Im letzten Frühjahr ließ der Internationale Währungsfonds (IWF) das Kohl-Regime wissen, daß es geordnete Verhältnisse schaffen müsse. Der *World Economic Outlook* [Prognose für die Weltwirtschaft] (April 1992) des IWF stellte fest:

„Das große Defizit, das im Zusammenhang mit dem

Wiedervereinigungsprozeß entstanden ist, hat anfänglich die Aktivitäten in Deutschland und seinen Partnerländern beträchtlich stimuliert, aber das Wachstum in Europa wird jetzt behindert durch das hohe Zinsniveau, das notwendig ist, um mit dem daraus resultierenden inflationären Druck in Deutschland fertigzuwerden.“

Der IWF verschrieb Deutschland die gleiche bittere Medizin, die er normalerweise verschuldeten Ländern der Dritten Welt verordnet: Anhebung der Verbrauchssteuern, Kürzung der Sozialprogramme und der Regierungssubventionen für die Industrie, Lohnkürzungen. Diese Art eines vom IWF diktierten „Austeritäts“-programms wird normalerweise von Militärjuntas durchgeführt, die Gewerkschaftsführer ins Gefängnis werfen und foltern und auf hungrige Menschen schießen lassen, die gegen Kürzungen bei Subventionen von Lebensmitteln demonstrieren. Deutschlands Herrscher können dies heute nicht tun, ohne eine soziale Revolution zu riskieren.

Als Kohl versuchte, den Gewerkschaften gegenüber den starken Mann herauszukehren, zeigte die Arbeiterbewegung, daß sie stärker war. Im letzten April schlug der offizielle Schlichter der Tarifverhandlungen zwischen öffentlichen Arbeitgebern und ÖTV vor, die Löhne für die beinahe drei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Westdeutschland um 5,4 Prozent anzuheben (ungefähr 1 Prozent mehr als die Inflation). Wenn man den Produktivitätsanstieg berücksichtigt, hätte dies die relativen Lohnstückkosten ungefähr konstant gehalten. Aber das deutsche Kapital war darauf aus, die *Ausbeutungsrate seines Proletariats zu steigern*. Deshalb wies Kohl das Angebot zurück und provozierte ganz bewußt einen Streik. Die deutsche herrschende Klasse bekam dann einen Vorgeschmack davon, was wirklicher Klassenkampf bewirken könnte. Die rechte Tageszeitung *Die Welt* (5. Mai 1992) schrieb über „stinkende Müllberge“ und „hoffnungsloses Verkehrschaos auf dem Weg zur Arbeit“: „Deutschland im Wonnemonat Mai. Überall sind die Zeichen der Stärke der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sichtbar. Der Streik stinkt zum obersten Himmel...“

Natürlich hatten die sozialdemokratischen Bürokraten nicht vor, die demonstrierte Stärke der Gewerkschaften dafür einzusetzen, den Interessen des deutschen Kapitals in die Quere zu kommen. Als Kohl zurückwich, wurde der

Fortgesetzt auf Seite 20

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 19

Streik mit dem ursprünglichen Angebot von 5,4 Prozent eingestellt. Ein paar Wochen später handelte die IG Metall – die Schlüsselgewerkschaft in Deutschland – mit den Industriebossen einen Tarifvertrag mit ähnlichen Bedingungen aus. So endete die letzte Runde zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland mit einem Unentschieden, was den ökonomischen Status quo aufrechterhielt.

Aber dieser Status quo ist jetzt für den deutschen Kapitalismus nicht mehr tolerierbar. „Was wir brauchen, ist eine Reihe von Jahren ohne Lohnerhöhungen“, verkündete der Direktor eines Autozulieferbetriebes. Die Ausbeutungsrate ist nicht nur für die Pläne der Frankfurter Bankiers und Ruhrindustriellen völlig unzureichend, um in Osteuropa ein neokoloniales Imperium zu errichten, sie reicht noch nicht einmal dafür aus, das bisherige Produktionsniveau in Deutschland selber aufrechtzuerhalten, besonders angesichts einer weltweiten Rezession.

Während des gesamten letzten Jahres befand sich die deutsche Wirtschaft auf einem Abwärtskurs. Die großen Industriekonzerne – Volkswagen, Daimler-Benz, Opel, Siemens, MAN, Brown Boveri und andere – haben angekündigt, daß sie Zehntausende entlassen und ganze Fabriken schließen wollen. Der offizielle Rat der Wirtschaftssachverständigen – die sogenannten „fünf Weisen“ – sagen für 1993 Nullwachstum voraus. Und selbst sie sind weise genug zuzugeben: „Es besteht die Gefahr, daß die Wirtschaft in eine Rezession fällt. Zwei Jahre nach Deutschlands Wiedervereinigung breitet sich der Pessimismus in beiden Hälften des Landes aus“ (*Financial Times*, 17. November 1992).

Auf ihre eigene Art und Weise verstehen diese bürgerlichen Ideologen, daß es ein Potential für Massenwiderstand gegen die neue Ordnung des Vierten Reiches gibt, der vor allem auf der Arbeiterklasse basiert. Die lange Zeit zufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter im Westen sehen sich einer kapitalistischen Kampagne ausgesetzt, die das Konsumniveau und die Sozialleistungen, die die Arbeiter mittlerweile als ihr Recht beanspruchen, zurückschrauben soll. In Ostdeutschland stehen die Werktätigen, bei denen es weiterhin starke egalitäre Wertvorstellungen gibt, der augenblicklichen politischen Führung des Vierten Reiches in hohem Maße feindselig gegenüber.

Und ein großer Teil der zwei Millionen türkischen, südslawischen und anderen eingewanderten Arbeiter in Deutschland sind ganz unten in das strategische gewerkschaftlich organisierte Proletariat integriert. Diese ausländischen Arbeiter stehen der deutschen bürgerlichen Ordnung fremd gegenüber und können als kämpferisches Gegengewicht zur konservativen nationalistischen sozialdemokratischen Bürokratie auftreten. Es ist notwendig, eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen, die wirklich alle Schichten der Arbeiterklasse und ihre sozialen Verbündeten in Deutschland gegen die Nachfolger von Hitlers Drittem Reich vereinen kann.

Sozialdemokraten wollen „Solidarpakt“ mit der Deutschen Bank durchdrücken

Als sich der Niedergang der deutschen Wirtschaft im Herbst beschleunigte, nahmen die Stimmen derer zu, die einen „Solidarpakt“ fordern, der die Unternehmer und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Linie bringt. Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten sind sich darüber einig, daß sie keine Wiederholung des machtvollen ÖTV-Streiks sehen wollen. Während der SPD-Führer Björn Engholm Forderungen nach einer „großen Koalition“ abwehrt – jedenfalls für den Augenblick –, gibt es bereits

eine „Punkt-für-Punkt-Koalition“ in Schlüsselfragen. Bei einem SPD-Sonderparteitag im Oktober warb Engholm für einen Wechsel in der Politik, um die Partei „regierungsfähig“ zu machen ... durch die Übernahme von CDU-Positionen. Und in einem Jahresrückblick schrieb der führende Sozialdemokrat in der Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* (31. Dezember 1992): „Wir brauchen einen echten Solidarpakt, eine große Gemeinschaftsanstrengung aller wirtschaftspolitischen Akteure.“

Anfang Januar wurde der deutsche Wirtschaftsminister Jürgen Müllemann zum Rücktritt gezwungen, der fünfte Bundesminister, der in den letzten neun Monaten den Abgang machte. Jetzt, wo die konservative Regierung nach einem Jahrzehnt im Amt Risse zeigt, nimmt der Druck zu, eine „Volksfront“ zu bilden. Solch eine Koalition der Klassenkollaboration würde sich gegen die Arbeiterbewegung und Immigranten richten und den Interessen des deutschen Imperialismus dienen. Der SPD-Sonderparteitag stimmte einer „Änderung“ des Grundrechts auf Asyl zu, das damit jeglichen Inhalts beraubt wird. Die Parteiväter wollen auch eine Grundgesetzänderung durchdrücken, die es der Bundeswehr erlauben würde, militärisch außerhalb der NATO einzugreifen. Und der Zweck eines „Paktes“ zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Parteien würde es sein, Sozialprogramme zusammenzustricken und Lohntarife auf die Inflationsrate und noch tiefer hinabzudrücken – d. h. Lohnkürzungen durchzusetzen.

Kohl wollte diesen „Solidar“pakt bis Ende Januar zusammenzimmern. Deshalb modifizierte die Treuhand ihre Politik, die staatseigenen Betriebe der ehemaligen DDR komplett dichtzumachen, und stimmte zu, gewisse „industrielle Kerne“ aufrechtzuerhalten, wenn keine Käufer gefunden werden. Jetzt werden den Gewerkschaftsführern Daumenschrauben angelegt. Die ÖTV fordert dieses Jahr nur 5 Prozent Lohnerhöhung, weniger als die Hälfte ihrer Forderungen 1992. Und selbst der Führer der traditionell kämpferischen IG Metall, die sich rühmt, die stärkste Gewerkschaft der Welt zu sein, Franz Steinkühler, erklärte auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag im letzten Oktober: „Wir wollen den Solidarpakt.“ Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bereitwillig ausverkaufen wollen, ist klar: Steinkühler und andere DGB-Führer haben schon im November Geheimverhandlungen mit der Regierung geführt. Aber dies den Arbeitern reinzuwürgen, ist eine andere Sache.

Die Europäische Gemeinschaft zeigt Risse

Die Europäische Gemeinschaft wurde Mitte der 50er Jahre im Rahmen der von den Amerikanern dominierten Reorganisation Westeuropas für den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gegründet. Washington sorgte sich, daß die NATO durch ein Wiederaufleben der traditionellen Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich Schiffbruch erleiden könnte. Deshalb wurde Westdeutschlands unübersehbare wirtschaftliche Dominanz gemäßigt durch eingebaute Konzessionen an Frankreich, besonders durch hohe agrarprotektionistische Mauern. Die gemeinsame Agrarpolitik – die 60 Prozent des gesamten EG-Haushaltes verschlingt – machte Frankreich zum größten Produzenten und Exporteur von Lebensmitteln in Europa.

Mit der Annektion der DDR durch den deutschen Imperialismus und dem Zusammenbruch der Sowjetunion danach haben jetzt jedoch weder Bonn noch Washington irgendeinen Grund, die französische Bourgeoisie weiterhin zu beschwichtigen, die in der „Neuen Weltordnung“ nicht viel zu sagen und zu bieten hat. Als die Bush-Administration nach ihrer Abwahl noch mit Strafzöllen gegen bestimmte europäische Importe drohte, wenn die EG nicht ihre Agrarsubventionen kürzt, fiel Deutschland seinem

französischen „Partner“ in den Rücken.

Warum haben dann Kohl und der französische Präsident François Mitterrand beim EG-Gipfel von Maastricht 1991 eine neue Ära der „europäischen Einheit“ herausposaunt – ausgedrückt durch ein einheitliches europäisches Währungssystem? Die bürgerlichen Führer sagten, daß sie das nach dem Anschluß größer gewordene Deutschland in einen europäischen Rahmen einbinden wollten. Aber der Vertrag von Maastricht war von Anfang an ein *diplomatisches Betrugsmanöver*, mit dem die wachsenden Konflikte zwischen dem Vierten Reich und seinem gallischen EG-Partner überdeckt werden sollten.

Die französischen Sozialdemokraten haben lange darüber fantasiert, wie man sich die Kontrolle über Deutschlands finanziellen Reichtum durch ein westeuropäisches Währungssystem unter der Kontrolle der Brüsseler Eurokraten „teilen“ könne. Dieses Projekt wurde ursprünglich der „Delors-Plan“ genannt, nach dem französischen Sozialdemokraten, der Vorsitzender der EG-Kommission ist. Natürlich hatten die Frankfurter Bankiers nicht vor, Delors und seinen Freunden zu erlauben, sich an ihrem Finanzvermögen zu beteiligen. Statt offener Opposition zur vorgeschlagenen Währungsunion der EG, was einen diplomatischen Krach provoziert hätte, verlangte Frankfurt *unmögliche Vorbedingungen* für solch ein System.

Ende 1990 gab die Bundesbank in einer Erklärung „bedingungslose, nicht verhandlungsfähige Vorbedingungen“ für ein Europäisches Währungssystem bekannt. Dazu zählte nicht nur eine Zentralbank mit „dauerhaft garantierter Unabhängigkeit“, sondern auch, daß die Inflation in ganz Europa „sehr weitgehend beseitigt“ sein müsse (zitiert in W.R. Smyser, *The Economy of United Germany* [Die Wirtschaft des vereinten Deutschlands], St. Martin's Press, 1992). Aber zu diesem Zeitpunkt stieg in Deutschland die Inflationsrate schnell auf eine Höhe, die in zehn Jahren nicht erreicht worden war.

In Maastricht stimmten Kohl und Mitterrand unmöglichen Bedingungen für eine Währungsunion zu, die nie gebildet werden sollte. Nur drei der zwölf EG-Länder erfüllten die Vertragsbedingungen – Dänemark (das den Vertrag bald darauf ablehnte), das winzige Luxemburg und Frankreich. Deutschland selbst qualifizierte sich nicht für die Europäische Währungsunion, denn sein Haushaltsdefizit überstieg die Grenze von 3,5 Prozent des Bruttosozialproduktes, die im Vertrag festgelegt worden war. Und wenn irgend etwas in dieser unsicheren Welt sicher ist, dann ist es die Tatsache, daß Deutschlands Haushaltsdefizit während

der nächsten Jahre noch zunehmen wird. Wie dem auch sei, der betrügerische Charakter von Maastricht wurde im letzten September deutlich, als die Bundesbank das Europäische Währungssystem kurz vor dem französischen Referendum über den Vertrag torpedierte (siehe „Bankiers des Vierten Reichs zünden das Euro-Chaos“, *Spartakist* Nr. 98, Oktober 1992).

Während in Maastricht die wachsenden Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich durch diplomatische Manöver überspielt wurden, traten sie für alle ersichtlich bei der letzten Runde des Handelskrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der EG zutage. Hier kann man deutlich die Verstärkung von *interimperialistischen* Konflikten sehen, nachdem die Kalte-Kriegs-Allianz gegen die Sowjetunion verschwunden ist.

Als der Gemeinsame Markt ursprünglich gegründet wurde, lag der Agrarprotektionismus nicht einseitig nur im französischen Interesse. Westdeutschland hatte selbst politisch einflußreiche Kleinbauern, viele davon in Bayern, der Hausmacht von Franz Josef Strauß, des starken Mannes der christdemokratischen Rechten. Inzwischen ist Strauß jedoch gestorben, und die westdeutsche Bauern-Lobby hat stark an politischem Einfluß verloren. Es liegt im Interesse des deutschen Kapitalismus, die Kosten seiner riesigen Lebensmittelimporte zu reduzieren, um die Löhne niedrig halten zu können. Die Agrarpolitik der Gemeinschaft wurde nur deshalb toleriert, damit Frankreich im Atlantischen Bündnis bleibt.

Für die USA ist die Landwirtschaft ebenfalls einer der wenigen Wirtschaftsbereiche, in denen der amerikanische Kapitalismus starke internationale Wettbewerbsvorteile hat. Die herrschenden Kreise der USA hat es besonders aufgebracht, daß Westeuropa ein abgeschotteter Markt für französische Bauern ist. Washington hat es jedoch nicht zu einem richtigen Handelskrieg gegen Frankreich kommen lassen, um eine Beeinträchtigung der NATO zu vermeiden.

Aber das ist jetzt vorbei. Bei einer Konferenz von Wissenschaftlern über die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung Ende 1990 stellte Michael Aho von dem prestigereichen Washingtoner Council on Foreign Relations [Kuratorium für außenpolitische Beziehungen] fest:

„In der Vergangenheit waren die wirtschaftlichen Interessen der USA im Ausland oftmals Sicherheitserwägungen untergeordnet, aus dem Wunsch heraus, es nicht mit den Verbündeten zu verderben. Aber seit die Beschränkungen des Kalten Krieges weggefallen sind, wird

Fortgesetzt auf Seite 24

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 beide enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 102

Bestellt bei:
 Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51

Konto 11988-601
 Postgiro Frankfurt/Main
 BLZ 500 100 60

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51
 Telefon: (0 30) 4 92 78 66

Halle SpAD, PSF 855
 Halle 4002
 Telefon: (03 45) 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 11 02 31
 2000 Hamburg 11
 Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
 Linkstreif, Weddingstraße 6
 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

PDS/Ostrowski: Aus Liebe zu „Deutschland, einig Vaterland“ Nazis sind Terroristen — keine „Gesprächspartner“!

Hunderttausende gingen nach den Rostocker Pogromen auf die Straße, um ihren Abscheu gegen Nazi-Terror zu demonstrieren, in Berlin flogen Eier und Tomaten auf die rassistischen Heuchler der Bonner Allparteienkoalition. In den Betrieben gab es besonders nach dem Möllner Nazi-Brandmord spontane Proteste, die Arbeiter fingen an, über Verteidigungsmaßnahmen zu debattieren. Für Revolutionäre stellte sich umso dringender die Aufgabe, für Arbeiter/Immigrantenverteidigung der Wohnheime zu kämpfen und dafür, die Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um die faschistischen Mörderbanden zu stoppen.

Nicht so die PDS — ganz im Gegenteil. Im letzten August äußerten sie „Verständnis“ für die Beifall-Klatscher beim Rostocker Pogrom und verlangten nach mehr Polizei. Und jetzt fühlt sich die stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, Christine Ostrowski, dazu animiert, den Nazi-Führer der Nationalen Offensive, Constantin Mayer, „kennenzulernen statt sich gleich die Köpfe einzuschlagen“. Dort entdeckte sie: „Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut.“!

Das ging dann wohl sogar der PDS-Führung etwas zu weit, und Ostrowski mußte ihren Rücktritt einreichen — wenn auch nicht ohne Würdigung ihrer „vielen belebenden Überlegungen und Aktivitäten“ durch den PDS-Bundesvorstand (Erklärung vom 15. März). Denn darin sind sie sich absolut einig: „Der PDS-Parteivorstand teilt die von Christine Ostrowski immer wieder vorgebrachte Auffassung, daß es gelingen muß, sich rechtsextrem gebende Jugendliche Schritt für Schritt aus ihrem Milieu und rechter Ideologie herauszulösen, und daß dazu vielfältige Überlegungen notwendig sind.“

„Vielfältige Überlegungen“? Faschisten sind Mörderbanden! Über 30 Menschen wurden im letzten Jahr von Nazis brutal umgebracht. Hätten die Juden im zaristischen Rußland besser mit den Pogromisten reden sollen? Oder die Schwarzen in den USA mit den Lynchbanden des Ku Klux

Klan? Meinen sie, daß Hitler und der Holocaust nur ein Produkt von Mißverständnissen war, die durch „reden“ hätten aus der Welt geschafft werden können? Nein! Während sie mit Ostrowski und ihresgleichen an einem Tisch sitzen, werfen ihre „Gesinnungs“kameraden draußen Brandflaschen auf Flüchtlingsheime und werden letztlich euch und eure Familien umbringen. Deshalb ist es notwendig, sie zu stoppen.

Die großdeutsche Volksfront ist sich von den Bonner Plenarsälen bis zu PDS-Provinzgrößen und ihren „linken“ Anhängseln wie Voran und SAG darin einig, daß man mit den Nazis im Vierten Reich „leben und reden“ muß. Die Regierung steckt jährlich Hunderttausende DM in Jugendclubs und Büros für Nazis, wo sie unter dem Schutz von „Streetworkers“ ihre Mordzüge vorbereiten können. Der Berliner SPD-Senator Thomas Krüger ist dabei besonders aktiv; vom Berliner CDU-Nazifreund Lummer zu der Bonner Ministerin Angela Merkel in Magdeburg, vom SPD-Pfaffen Manfred Stolpe in Cottbus und Gregor Gysis Fernsehunde mit SS-Schönhuber ist die rassistische Volksfront damit beschäftigt, die Faschisten im Vierten Reich salonfähig zu machen. Nach dem Ostrowski-Skandal waren die Seiten im *Neuen Deutschland* voll von Leserbriefen von PDSlern, die mit Nazis am Stammtisch sitzen wollen. Die leichtsinnige und geradezu selbstmörderische Politik, Gespräche besonders mit Jung-Nazis zu führen, wird auch von anderen Linken wie der „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) geteilt (siehe *Spartakist* Nr. 101, Februar/März).

Was sie eint, ist ihre Unterstützung für die kapitalistische Wiedervereinigung, für die der deutsche Nationalismus eine wesentliche Antriebskraft war. Die SPD, die seit 1914 der Hauptträger des deutschen Nationalismus in der Arbeiterbewegung ist, war der Vorreiter des Anschlusses der DDR — wir bezeichneten sie treffend als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“. Und die ehemaligen Stalinisten der PDS fielen vor dem Ansturm des Imperialismus



Gust/Zenit



Links: Berliner SPD-Senator Krüger im trauten Gespräch mit Nazi-Schlägern. Erst zerschlugen sie mit der Konterrevolution die DDR-Jugendclubs, jetzt stecken sie Hunderttausende DM in Nazi-Zentren. Tatkräftige Antifaschisten haben dieses Nazi-Nest gesäubert. Rechts: Staatlich genehmigtes Pogrom in Rostock

AP



Antirassistische Ini

Spiegel-Fotos

Opfer des Nazi-Terrors (von links): Amadeu Antonio in Eberswalde; Nguyen Van Tu und Silvio Meier in Berlin; Yeliz und Bahide Arslan in Mölln. Die Wut und Trauer bestärkt uns im Kampf für eine Arbeiterrevolution. Unsere Aufgabe ist es, mit der Nazi-Brut für immer Schluß zu machen!

auf die Knie und bettelten um einen besseren Ausverkaufspreis, als sie sich dem DM-Siegeszug ergaben mit der Losung „Wir sind ein Volk. 1:1“. Nur die Spartakisten kämpften ohne Wenn und Aber gegen die Zerstörung der DDR durch die kapitalistische Wiedervereinigung.

Die Bonner Parteien haben den Nazi-Terror angeheizt. Als „Schocktrupp des Kapitalismus“ stehen die Nazis bereit, um mit sozialer Demagogie das Kleinbürgertum und rückständige Arbeiter gegen Flüchtlinge, Juden, Schwule und andere „Sündenböcke“ mobil zu machen. Sie zielen letztlich auf die organisierte Arbeiterbewegung ab. Faschismus ist keine „Ideologie“. Wie Trotzki feststellte: „Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten“ (*Was Nun?*, 1932).

Die rassistische Volksfront fing nicht erst heute mit der Abschaffung des Asylrechts an. Schon vorher bauten die SPD-Landesregierungen Sammellager für Flüchtlinge und führten Massenabschiebungen durch; die Grünen waren für eine Quotenregelung gegen Immigranten, und die PDS rief nach mehr Polizei. Doch als Ende letzten Jahres Massenproteste gegen den Nazi-Terror und den rassistischen Bonner Asylbeschluß ausbrachen, inszenierten sie national „Lichterketten“, um die Antifaschisten an Regierung und SPD-„Opposition“ zu fesseln.

„Keine Gewalt“ wurde zum Schlagwort der Volksfront, um die Immigranten und Antifaschisten wehrlos zu machen, die sich Gedanken über bewaffnete Selbstverteidigung machten. Die überlebenden Opfer der Nazis werden gleichzeitig mit den Mördern angeklagt, wie die Freunde von Mete Ekşi, weil sie sich gegen die braunen Schläger verteidigt haben. Und das „Gewaltmonopol des Staates“ wird bei verschärften Polizeirazzien in Immigrantenwohnheimen und mit der Kampagne über „Ausländerkriminalität“ durchgesetzt, an der sich *Neues Deutschland* mit der Hetze gegen eingewanderte Hütchenspieler schamlos beteiligt.

Die PDS ist heute noch stolz darauf, daß sie die DDR „gewaltlos“ an den Imperialismus übergeben hat. Und jetzt bietet der Ex-Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, in einer Stellungnahme zum Fall Ostrowski seine Dienste als Makler an, nämlich „Gespräche vor Ort, um eine drohende Eskalation von Gewalt abzuwenden“. Schlägt Gysi vor, wie der „Vermittler“ des Rostocker Pogrom-Pakts zwischen Seiters, Bullen und den Nazis einzuspringen? Dort machte die Polizei mit einem gegenseitigen „Waffenstillstand“ den Nazis freie Bahn, 115 vietnamesische Arbeiter entkamen nur mit größter Not dem Tod. Selten wurde deutlicher, was die Rolle von Polizei und bürgerlicher *Staatsgewalt* ist.

Zum 30. Januar, dem 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung – während die Volksfront „Lichterketten“ beim Brandenburger Tor veranstaltete –, mobilisierte die SpAD in den Gewerkschaften und unter antifaschistischen Jugend-

lichen für die Verteidigung von Immigrantenwohnheimen. Über hundert Antifaschisten, hauptsächlich Jugendliche, sorgten dafür, daß in dieser Nacht die Immigranten in einem Berliner Wohnheim eine ungestörte Nacht verbringen konnten. Seither haben wir gemeinsam mit diesen Jugendlichen bei Arbeiterdemonstrationen mit unserem Programm für den Aufbau von Arbeiterverteidigungsgruppen interveniert, die auf der Macht der Gewerkschaften basieren und in denen die eingewanderten Kollegen eine Schlüsselrolle spielen werden. In den jetzigen Streiks der Metaller und Stahlarbeiter können Streikpostenketten die Keimzellen solcher Verteidigungsgruppen bilden, die die Nazibanden in ihre Löcher zurücktreiben.

Als die Spartakisten die Masseneinheitsfront-Demonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow initiierten, mobilisierte die SED-PDS dafür. Gregor Gysi stand neben der Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus auf der Tribüne und sah die potentielle Macht der Arbeiterklasse direkt vor sich. Nach der Hetzkampagne der SPD und der Medien kritisierte die SED-PDS ihre Teilnahme wenige Tage später. Danach wirkte sie selbst an der SPD-geführten Hexenjagd mit. Weil die PDS die DDR dem deutschen Imperialismus in den Rachen warf, schrieb sie auch den Sieg der Roten Armee über das Hitler-Reich ab, der zur Entstehung des deformierten Arbeiterstaats in Ostdeutschland geführt hatte.

Im letzten Sommer kamen Gysi und DSU-Diestel mit der Gründung von „Ostkomitees“ heraus. Jetzt will der neue Vorsitzende Bisky die PDS nach dem Modell dieser regional-nationalistischen Vereine als „Gerechtigkeitspartei“ in den Handel bringen, um 1994 unter den Nicht- und „Protest“-Wählern auf Stimmenfang zu gehen.

Die Kommunistische Plattform in der PDS hat sich darauf spezialisiert, ein bißchen den Zeigefinger zu erheben, wenn es mit der Parteiführung allzu schlimm wird, um die gleiche Politik in abgeschwächter Form zu rechtfertigen. So wies die K-Platt auf den Zusammenhang zwischen Ostrowskis „Arbeitsvereinbarungen“ mit Nazi-Führern und ihrer Hexenjagd gegen K-Platt-Sprecherin Sahra Wagenknecht hin und erklärte: „Wir halten jede Koalition zwischen PDS und neonazistischen Gruppen, zu welchen Zwecken auch immer, als gegen die Grundsätze und Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus gerichtet.“ Sahra Wagenknecht unterschrieb diese Erklärung, doch gleich darauf bekräftigte sie: „Gespräche mit verblendeten Jugendlichen, die den braunen Rattenfängern hinterherlaufen, halte ich, wo immer das möglich ist, für den Versuch wert“ (PDS-Pressedienst, 19. März).

Die Wiedervereinigung hat einer ganzen Generation von Jugendlichen die Zukunft geraubt, und daraus rekrutieren auch die Faschisten. Die Folgen der Konterrevolution – Massenarbeitslosigkeit, Hexenjagd und Nazi-Terror – sind

Fortgesetzt auf Seite 24

PDS/Ostrowski...

Fortsetzung von Seite 23

der Nährboden für das Anwachsen der faschistischen Banden. Doch die Jung-Nazis werden blitzschnell in alle Winde zerstoßen werden, sobald die Arbeiter/Immigranten in entschlossenen Aktionen gegen die braunen Banden vorgehen.

Der sich als trotzkistisch ausgebende Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) polemisiert gegen den Ostrowski-Skandal, als ob er in Opposition zur allumfassenden großdeutschen Volksfront stünde. Doch er kommt schnell zum Punkt: „Die Verantwortung für den Zulauf zu faschistischen Gruppierungen in der ehemaligen DDR trägt in erster Linie die PDS bzw. SED“ (*Neue Arbeiterpresse*, 26. März). Wie schon beim Honecker-Prozeß machen diese politischen Banditen bei der schmutzigen antikommunistischen Hexenjagd der Bourgeoisie mit. Der BSA hat in den letzten 15 Jahren jede konterrevolutionäre Kraft gegen die deformierten Arbeiterstaaten und die Sowjetunion unterstützt, nur bei Protesten gegen Nazi-Terror und bei Verteidigungsaktionen für Immigranten ist er nie zu sehen!

Jetzt wollen *Der Spiegel* und die Sozialdemokraten die kriminelle nationalistische Linie von Stalin/Thälmann, die 1931 für die „nationale Befreiung“ Deutschlands in Wettbewerb mit den Nazis traten, für die antikommunistische Hexenjagd ausnutzen (während die CDU/SPD-Polizei das Karl-Liebknecht-Haus 1991 stürmte, wie es schon die SA 1933 getan hatte). Stalins/Thälmanns Politik verharmloste genau wie ihre „Sozialfaschismus“-Linie den Faschismus,

demoralisierten die Arbeiter und erlaubte so Hitler, ohne Widerstand an die Macht zu kommen.

Trotzkis Linke Opposition kämpfte dafür, der SPD-Führung die proletarische Einheitsfront aufzuzwingen. Wie Trotzki 1938 plastisch beschrieb, ließ die Sozialdemokratie es zu, daß die Nazis mit einer Handvoll Schläger ohne Widerstand deren Arbeiter-Massenversammlungen auseinandertrieben: „Die Arbeiter waren nur dazu organisiert, Beiträge zu zahlen. Überhaupt keine Vorbereitung für andere Aufgaben.“ Trotzki forderte die Aufstellung von Arbeitertrupps, die umgekehrt die Nazi-Versammlungen auflösen („Weitere Diskussionen über das Übergangsprogramm“).

Als das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei im November 1991 in Halle unter Gewerkschaftern dafür mobilisierten, die angekündigte Nazi-Provokation am Jahrestag der Reichspogromnacht zu stoppen, griffen viele Arbeiter den Vorschlag zu einer Einheitsfront auf. Unter dem Druck vor allem der Metaller- und der Eisenbahngewerkschaft gab der DGB Halle einen Aufruf heraus, *sich dort zu versammeln, wo die Nazis gedroht hatten zu marschieren*. Buchstäblich fünf vor zwölf zogen die DGB-Bürokraten dies unter dem Druck ihrer Frankfurter Zentrale wieder zurück. Wenn die Nazis damals gestoppt worden wären, hätte es Rostock vielleicht nie gegeben.

Der Schlüssel für den Kampf gegen die Nazis ist der Aufbau einer trotzkistischen Führung, die als Volkstribun aller Unterdrückten kämpft. Nur die Zerschlagung des kapitalistischen Staates durch die sozialistische Revolution wird den Nazis ein für alle Mal den Boden entziehen! ■

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 21

Amerika nicht so zögerlich sein, seine wirtschaftlichen Ziele in bezug auf Handel und gesamtwirtschaftliche Fragen aggressiv durchzusetzen. Zur gleichen Zeit wird es weniger Machtmittel in der Hand haben, denn Europa und Japan sind weniger abhängig vom militärischen Schutz der USA. Als Ergebnis wird ein selbstbewußteres Amerika einer selbstbewußteren Welt gegenüberstehen, ein Rezept für eine Konfrontation.“ (in Paul J.J. Welfens, Hrsg., *Economic Aspects of German Unification* [Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung])

Wenige Monate später kam es zur Konfrontation, und die sogenannte „Uruguay-Runde“ der GATT-Verhandlungen (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel) kam zu Fall. Japan war unnachgiebig, was den Schutz seiner Reisbauern anging, und Deutschland unterstützte zögernd Frankreichs knallharte Verteidigung der Agrarpolitik der EG. Also verließen die amerikanischen Delegierten empört die Verhandlungen.

Um die Verhandlungen „wiederaufzunehmen“, kündigte Washington im letzten November an, daß es einen Zoll in Höhe von 200 Prozent auf europäische Importe im Werte von 300 Millionen Dollar, hauptsächlich französischen Wein, verhängen werde, wenn die EG bei den Agrarsubventionen nicht klein beigebe. Während Bauern in Frankreich Rathäuser stürmten, amerikanische Fahnen verbrannten und McDonalds blockierten, machte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel gebieterisch klar, es gelte für Europa, daß „Kompromisse notwendig sind, und Frankreich sich letztendlich dem anschließen muß“ (*New York Times*, 11. November 1992).

Ein paar Wochen später setzte Deutschland einen solchen „Kompromiß“ zwischen der EG und den USA durch. Der französische sozialistische Ministerpräsident Pierre Bérégovoy erklärte, daß dieses Handelsabkommen „unannehmbar“ sei, aber akzeptierte es trotzdem, begleitet von

Äußerungen, daß Paris eventuell zu einem späteren Zeitpunkt ein Veto einlegen würde. Die herrschenden französischen Sozialdemokraten waren sich beinahe sicher, die anstehenden Parlamentswahlen im März zu verlieren, und versuchten ganz offensichtlich Zeit zu gewinnen, damit es die rechten bürgerlichen Parteien sind, die den Ärger der wütenden Bauern und der Großmachtshandels„partner“ von Frankreich abbekommen. Was auch immer das Ergebnis des letzten Handelszusammenstoßes zwischen USA und EG sein mag, sicher ist, daß die Spannungen zwischen Paris und Bonn/Berlin in Zukunft zunehmen werden.

Die westeuropäische politische und wirtschaftliche Ordnung – lange definiert durch NATO und Gemeinsamen Markt – fällt infolge steigender sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe zunehmend auseinander. Die Aussichten, daß eine sozialdemokratisch geführte Volksfront den Klassenkampf in Deutschland im Zaum halten kann, sind beileibe nicht gesichert. Der machtvolle ÖTV-Streik in Deutschland, die spontane Arbeiterrevolte in Italien und die massive Streikwelle in Griechenland weisen auf die Perspektive einer proletarischen Revolution, die zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa führt. Wie die SpAD in „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion“ schrieb (*Spartakist-Extrablatt*, Mai 1992):

„Deutschland ist der Schlüssel zu Europa – für Barbarei oder Sozialismus. Um dieses Land im Interesse aller Werktätigen wiederaufzubauen und die Wirtschaft vernünftig auf internationaler Ebene zu planen, muß man für eine Arbeiterregierung kämpfen, die das Kapital enteignet und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. Um diesen Kampf zu organisieren und ihn zum Sieg zu führen, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Arbeiterpartei. Für den Aufbau solch einer Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki kämpfen die Spartakisten.“

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 566, 1. Januar und *Workers Vanguard* Nr. 567, 15. Januar

Bögelein...

Fortsetzung von Seite 7

Bögelein wurde nach dem Krieg Sowjetbürger. Er arbeitete als Dolmetscher und vernahm Nazi-Kriegsverbrecher für die Rote Armee in Klaipėda, Litauen. Dort lernte er auch Karl Kielhorn kennen, den Leiter der Lager-Antifa. 1947 verhörte er den Nazi-Kriegsrichter Erich Kallmerten, der 178 Todesurteile gegen sowjetische Partisanen und Wehrmachtssoldaten verhängt hatte und deshalb von empörten Antifaschisten umgebracht wurde. Wie wir in *Spartakist* Nr. 96 (Juni/Juli 1992) schrieben: „Daß der Nazi-Kriegsrichter Kallmerten seine verdiente Strafe bekommen hat, ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Antifaschisten. Doch genau wie bei der SPD-geführten Hexenjagd auf Mielke und Honecker sucht man bei Organisationen wie PDS und DKP vergeblich nach einer Verteidigung der Antifaschisten.“

Gerhard Bögelein hat uns Spartakisten immer wieder gedankt, weil wir ihn von Anfang an verteidigt haben. Weil wir den Sieg der Roten Armee über den Hitler-Faschismus begrüßen und die Sowjetunion gegen den Imperialismus und die interne Konterrevolution verteidigten und konsequent gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft haben, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn zu verteidigen. Es war unsere einfache Pflicht als Trotzisten.

Nach seiner Haftverschonung am 8. Dezember 1992 haben wir Gerhard mehrmals getroffen. Er las gern *Spartakist* und unseren russisch-sprachigen *Spartacist* und stellte viele Fragen über die Entwicklungen in der UdSSR. Gerhard Bögelein hat eine Menge erlebt und wollte seine Erfahrung weitergeben. Über den 17. Juni 1953 schrieb er:

„So saß ich im Zuchthaus Waldheim z. B. mit Verurteilten aus den Tagen des 17. Juni 1953 und kenne die wahren

Gründe um diesen Tag und lernte dort auch Volkspolizisten kennen, die zu den Meuterern mit der Waffe übergelaufen sind. Ich kenne das Warum, Wieso und Weswegen es zu diesem 17. Juni überhaupt kam, obwohl ich zu dieser Zeit im GULAG saß... Daß hier in der BRD dieser Tag als ‚Tag der Einheit‘ in die Geschichte einging, ist erstunken und erlogen und ist eine Verdrehung und Verfälschung der Geschichte!

Nicht vergessen aber dabei darf man die eigentlichen Helden dieser Tage und dieser spontanen Meuterei – das waren die Soldaten der Roten Armee, die sich weigerten, auf ihre unbewaffneten Klassenbrüder zu schießen. 17 davon wurden erschossen, Hunderte wurden degradiert, verurteilt und landeten im GULAG. Diese Soldaten und Offiziere hatten gemerkt, daß ihresgleichen ihnen gegenüber standen, Arbeiter, Bauern und Angestellte, und sie verweigerten den verbrecherischen Feuerbefehl. Aber dieser Helden gedenkt heute niemand und das ist sehr traurig!“

Das Vierte Reich hat uns alle, aber besonders die jüngere Generation von Antifaschisten, der Chance beraubt, mehr über Gerhard Bögeleins Kampf und seine Erinnerungen zu erfahren. Für uns Spartakisten war es ein Privileg, Gerhard Bögelein kennenzulernen. Er ist für uns und alle Antifaschisten eine Inspiration. Er blieb seinen Kampfprinzipien treu, die ihn vor 50 Jahren geleitet haben, als er zur Roten Armee überlief und gegen die Nazis und ihre faschistischen Verbündeten kämpfte. Er war standhaft trotz schwerer Krankheit, Haft und Folter. Das Vierte Reich konnte ihn nicht brechen. Das soll unsere Inspiration sein, und wir ehren seine Erinnerung in unserem Kampf, den Nazi-Terror für immer von diesem Planeten zu beseitigen, indem wir durch Arbeiterrevolution das verrottete kapitalistische System beseitigen. ■

Mandel...

Fortsetzung von Seite 15

einem Drittel der Besucher, brach das totale Chaos aus: Der Vorsitzende und der Sprecher redeten gleichzeitig, dazu kamen Appelle der Zuhörer, daß Mandel seine Bemerkungen begrenzen sollte. Einige sorgfältig abgestimmte Zwischenrufe über James P. Cannons Haltung zur Arbeiterdemokratie ergaben die Qualität einer komischen Oper, während die unvereinigten amerikanischen VS-Unterstützer (die es vorziehen, so zu tun, als gäbe es die SL nicht) hin und her rutschten.

Mandel verbrachte seine zwei sehr ausführlichen „Antworten auf Fragen“ hauptsächlich damit, direkt gegen uns zu polemisieren (auch über Fragen, die unser Sprecher in seiner Intervention nie aufgeworfen hatte), wobei er wiederholt darauf bestand, daß er eine Debatte mit uns führen würde, wenn wir eine Veranstaltung organisierten. Als ein SL-Genosse ihn unterbrach: „Ist das wahr – wir werden eine Debatte haben?“, antwortete Mandel: „Ja, ja“. Der Wortwechsel ging weiter:

SL: „Du wirst mit uns debattieren? Du stimmst zu?“

Mandel: „Ja, absolut. Organisiert eure Veranstaltung.“

SL: „Dreißig Minuten jede Seite, okay?“

Mandel: „Ich wiederhole: Wenn ihr eine Veranstaltung organisiert, ihr mir 30 Minuten gebt, werde ich auf eurer Veranstaltung sprechen.“

Nun gut, wir werden sehen. Drei Tage später wurde Mandel von der Internationalen Kommunistischen Liga persönlich eine Aufforderung zur Debatte übergeben, die nachstehend abgedruckt ist. „Ihr werdet sicher eine Antwort bekommen“, sagte Mandel, nachdem er den Brief gelesen hatte, „aber ich bin ein disziplinierter Genosse, ihr werdet

also warten müssen. Ich kann das nicht allein machen.“

Es ist eine lange Zeit vergangen, seit irgend jemand in dem notorisch unvereinigten VS „Disziplin“ ins Spiel gebracht hat. Aber wir warten, Genosse Mandel.

24. Februar 1993

Werter Genosse Mandel,

bei der Veranstaltung an der Marxist School am Sonntag, dem 21. Februar, hast Du wiederholt bestätigt, daß Du mit einem Repräsentanten unserer Organisation öffentlich debattieren wirst, wenn wir Dich zu einer Veranstaltung einladen, die von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) organisiert wird.

Wir nehmen dieses Angebot an und laden Dich ein, an einem für beide Seiten annehmbaren Termin an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen. Wir schlagen eine Debatte zum Thema „Die russische Frage und der Zusammenbruch des Stalinismus“ vor. Der von uns bevorzugte Ort wäre Berlin, aber wir sind anderen Vorschlägen gegenüber offen (zum Beispiel London oder Paris).

Wir stimmen auch der Redezeitbegrenzung von 30 Minuten je Sprecher zu, die Du vorgeschlagen hast. Natürlich würden wir auch für die Zuhörer Zeit einplanen wollen, wo sie die Möglichkeit haben zu sprechen, und schlagen eine Runde mit Zeitbegrenzung vor, gefolgt von Zusammenfassungen von Dir und unserem Vertreter.

Natürlich sind wir gewillt, jegliche Abänderungen zu diskutieren, die Du vorschlägst.

Mit solidarischen Grüßen

Alastair Green

für die Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 32

F.W. De Klerk und seiner Nationalpartei (NP, Nats) das Land im Interesse der Bergwerksbosse und der Jo'burger Börse verwalten soll, ist keine plötzliche Entwicklung. Dies ist der Höhepunkt eines politischen Planes, den südafrikanischen Kapitalismus zu bewahren, der mit der Freilassung von Mandela und mit der Legalisierung des ANC vor drei



Der Spiegel

Apartheid-Kapitalismus ist abhängig von Superausbeutung schwarzer Goldminenarbeiter

Jahren in Gang gesetzt wurde. Der Deal beruhte auf der Zustimmung des ANC, nicht nur seine Forderung nach Nationalisierung der Bergwerke fallenzulassen, deren sagenhafter Reichtum auf der Plackerei schwarzer Arbeiter beruht, sondern sogar sein Programm aufzugeben, daß die 30 Millionen starke schwarze Bevölkerung als Mehrheit herrschen soll.

Wenn diese Übereinkunft hält, dann werden Wahlen, die im April 1994 stattfinden sollen, eine Körperschaft mit 400 Sitzen zur Folge haben, in der alle Parteien, die mehr als 5 Prozent der Stimmen erhalten, entsprechend ihrem Wähleranteil vertreten sein werden. Diese Körperschaft würde eine neue Verfassung ausarbeiten und fünf Jahre lang als Interimparlament dienen. Der Präsident würde aus den Reihen der erfolgreichsten Partei gewählt werden. Jede Partei, die mindestens 5 Prozent der Sitze gewonnen hat, hätte Anspruch auf einen Platz im Kabinett. Der Haken ist, daß bei wichtigen Fragen die Zustimmung des Kabinetts und bei „gewissen Fragen“ eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre. Dadurch hätten die Nats und die Demokratische Partei, die führenden kapitalistischen Parteien der Weißen, zusammen mit ihren Bantustan-Marionetten, darunter Inkatha-Führer Buthelezi, und ihren Kollaborateurparteien in dem gegenwärtigen auf Rassentrennung beru-

henden „Dreikammer“-Parlament effektiv das Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen.

Um die vom ANC lange vertretene Position „eine Person, eine Stimme“ zu umgehen, wurden verschiedene Pläne für ein Vetorecht der Weißen gegen eine schwarze „Regierung“ ausgetüftelt. Um es klipp und klar zu sagen, das Abkommen über eine „Machtbeteiligung“ wird die Macht in den Händen der Apartheid-Herrscher lassen, was die fortgesetzte Versklavung der überwiegenden Mehrheit von Nichtweißen in Südafrika bedeutet. Der bluttriefende Armee- und Sicherheitsapparat wird intakt bleiben, ebenso wie der übrige rassistische kapitalistische Staat. Dieser Pakt markiert einen historischen Verrat an den Zielen der schwarzen Werktätigen Südafrikas, die seit Generationen kämpfen, in Gefängnissen leiden und zu Tausenden sterben, um ihre Freiheit zu gewinnen. Nun entpuppt sich selbst die Freiheitscharta des ANC, die (trotz der Behauptungen von verschiedenen Beifall klatschenden Linken) nicht über einfache bürgerliche Demokratie hinausgeht, als ein leeres Stück Papier.

Unter diesem grausamen „Kompromiß“ wird das „neue“ „Nach-Apartheid“-Südafrika sehr ähnlich wie das alte aussehen. Was wird sich ändern für die Millionen, die in Elendsquartiere am Rande der modernen Städte, die mit ihrem Schweiß erbaut wurden, eingepfercht sind? Für schwarze Frauen, die gezwungen werden, in Hinterhöfen zu leben und in den hinteren Räumen der wohlhabenden Vororte der Weißen, wo sie sich um die Kinder anderer Leute kümmern müssen? Für Schwarze auf dem Lande, die von ihrem Grund und Boden in die unfruchtbare Öde der Bantustans vertrieben worden sind? Und der Terror der Untergrundbanden, die von den Apartheid-Herrschern finanziert und angestiftet werden, wird weitergehen.

Wie wir Trotzlisten wiederholt betont haben: Unter dem südafrikanischen Kapitalismus, der auf der Superausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzen beruht und deshalb der Mehrheit von Schwarzen die elementarsten Rechte verweigert, kann es keine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückten geben. Jeder, der für die Befreiung der schwarzen, „farbigen“ und indischen Massen Südafrikas eintritt, einschließlich der Weißen, die nicht den Rest ihres Lebens in einem permanenten Kasernenstaat verbringen wollen, muß dieses groteske „Abkommen“ zurückweisen. Dringend nötig ist die Schaffung einer bolschewistischen Partei, um das schwarze Proletariat zur Mobilisierung im Kampf für die Arbeiterrevolution zu führen. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Zerschlagt den kollaborationistischen Pakt! Wer arbeitet, soll herrschen!

Südafrikanische KP als Makler des Neo-Apartheid-Pakts

Den augenblicklichen Verhandlungen gingen interne Kämpfe auf beiden Seiten voraus, von der NP gegen die reaktionäre Apartheid-Rechte und vom ANC gegen militante Nationalisten in seinen eigenen Reihen und außerhalb. De Klerk schaffte dies durch das rassistische Referendum im letzten Mai, bei dem 68 Prozent der Weißen für seine Verhandlungsstrategie stimmten. Der ANC demonstrierte seinen Rückhalt bei den Schwarzen in einem zweitägigen Generalstreik im August, der Johannesburg lahmlegte und zu einer Blockade des Regierungssitzes in Pretoria führte. Doch diese Mobilisierung war darauf ausgerichtet, das Regime zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen. Nach den blutigen Massakern im Township Boipatong und in Bisho in der Ciskei hatte der ANC die Verhandlungen abgebrochen, um eine Revolte von unten zu verhindern, denn die Jugendlichen in den Townships forderten Waffen.

Dem Abkommen ging auch eine Kampagne innerhalb der 50 000 Mitglieder starken Südafrikanischen Kommuni-

Chris Hani ermordet

Kurz vor Redaktionsschluß erfuhren wir, daß der 50jährige Chris Hani am Morgen des 10. April erschossen wurde. Der Nationalsekretär der SACP und ehemalige Chef der Guerilla-Armee des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK) wurde in seinem Wohnort Boksburg, einem Vorort von Johannesburg, durch vier Schüsse niedergestreckt.

Bereits am Abend protestierten Tausende ANC-Jugendliche gegen den brutalen Mord. Die wütenden Proteste in den Townships müssen mit der Macht der schwarzen Arbeiterklasse verbunden werden. Stürzt Apartheid durch Arbeiterrevolution!

stischen Partei (SACP) voraus, die Joe Slovo, der Vorsitzende der SACP, vom Stapel ließ, um die Mehrheitsherrschaft auf die lange Bank zu schieben und den „Machtteilungs-Kompromiß“ mit De Klerk zu akzeptieren. Slovo eröffnete die „Debatte“ im letzten Herbst mit einem Artikel in der Zeitschrift *African Communist*, wo er eine Übergangsregierung mit einer längeren „Sonnenuntergangsklausel“ für die weißen kapitalistischen Herrscher und ihren Staatsapparat forderte, darunter eine Amnestie für die Apartheid-Schlächter und eine Beschäftigungsgarantie für die militärische und die zivile Bürokratie. Slovo verbündete sich mit Mandela, um den Deal in den Kreisen der ANC-Führung durchzudrücken.

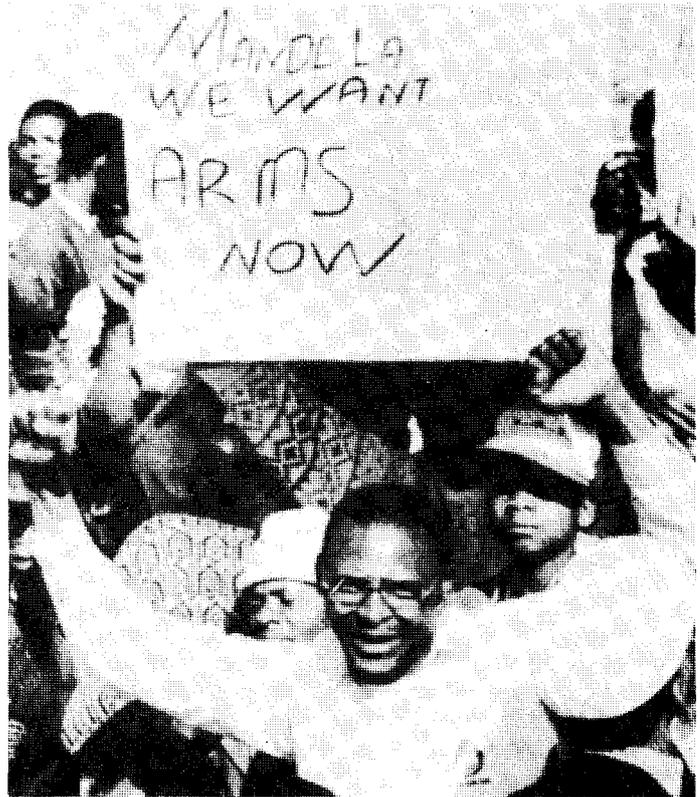
Dies provozierte Unruhe bei den Mitgliedern sowohl des ANC als auch der SACP. Schwarze Jugendliche in den Townships, die von Mandelas Kollaboration die Nase voll haben, hoffen auf eine Alternative in Gestalt von Chris Hani, dem Nationalsekretär der SACP und ehemaligen Chef der Guerilla-Armee des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK). Hani, Harry Gwala, der stalinistische Hardliner und SACP-Führer in Natal, und Winnie Mandela haben sich als die pseudoradikale Opposition gegenüber einer künftigen Mandela-Regierung in Szene gesetzt. Sie verurteilten den Deal als einen Ausverkauf des Kampfes für Mehrheitsherrschaft. Und Hani hat damit gedroht, sich an die Spitze einer Abspaltung, der „Sozialistischen Allianz“, zu setzen, die bei Wahlen gegen den ANC antreten könnte. Aber alle Flügel von ANC/SACP stimmen grundsätzlich mit der Strategie der Verhandlungen überein, nur über die Wahl des Zeitpunkts und über Formulierungen sind sie verschiedener Meinung.

Obwohl Winnie Mandela weitgehend diskreditiert ist, sagen selbst ihre ärgsten Feinde, sie habe den Nerv getroffen, als sie sagte: „Die Führung des ANC geht mit der Nationalpartei ins Bett, um den neuentdeckten Luxus zu genießen.“ Die ANC-Jugendliga gab am 22. Februar eine Stellungnahme heraus, die sich gegen eine Koalitionsregierung „nach der Annahme der neuen Verfassung“ (aber nicht davor?) richtete. Hani/Mandela drücken die Enttäuschungen der lumpen-plebejischen Unterstützer des ANC aus, die anders als die schwarzen Mächtigen-Yuppies um ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa und Thabo Mbeki bei dem „Machtteilungs“-Deal nichts zu gewinnen hätten. Doch auf ihre Weise stehen solche Elemente dem schwarzen Proletariat genauso fern wie diejenigen, die den Pakt durchdrücken wollen.

Außerdem spielen die verschiedenen Kritiker eine Schlüsselrolle dabei, sicherzustellen, daß der Deal durchkommt. So gab es bei der Sitzung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC vom 16.–18. Februar eine einstimmige Entscheidung für die Ratifizierung des Machtteilungs-Abkommens. Hani und Gwala waren praktischerweise abwesend, als es zur Abstimmung kam, und sorgten somit dafür, daß es keinen wirklichen Kampf gab. Ihre Kritik betrifft nur die Dauer der „Sonnenuntergangsklausel“. Fünf Jahre sind zuviel, sagt Hani, eine „Einheits“regierung würde nicht länger als neun Monate halten!

Der ANC müsse sowohl in der Regierung sein als auch in Opposition zu ihr. Wenn Mandela Präsident ist, dann wird Hani die „militante Opposition“ sein, auf Abruf bereit. Hani äußerte sich offen in einem Interview der Londoner *Sunday Times* (31. Januar): „Ich will die Freiheit haben, von außen kritisieren, Demonstrationen führen, Streiks organisieren und die neue Regierung so unter Druck setzen zu können, daß sie das Richtige tut.“ Die *Times* fügte hinzu: „Hani hob hervor, daß er keine Alternative zu einer Übergangslösung der Machtbeteiligung sieht, und bestätigte, daß die Kommunisten bei der ersten Wahl Partner des ANC bleiben werden.“

In der klassisch reformistischen stalinistischen Tradition der „Revolution in Etappen“ erzählte Hani dem Londoner *Guardian* (15. Februar), daß zwar sein langfristiges Ziel der Sozialismus sei, doch „im Augenblick kämpfen wir für die Freiheitscharta“ als „ersten Schritt“. Aber sie werden nicht einmal das bekommen! Der SACP-Führer erzählt Journalisten: „Nationalisierungen sind nicht notwendigerweise die



Reuters

Mandela versucht, verlogene „Machtbeteiligung“ zu verkaufen, während ANC-Anhänger Waffen von ihm verlangen. Zerschlagt Apartheid! Für Arbeiterrevolution!

Antwort“, und fordert einen Pakt zwischen den Großkonzernen und den Gewerkschaften für bessere Wohnungen und Ausbildung. Groteskerweise fordert Hani, die Armee solle während des Übergangs dadurch „kontrolliert“ werden, daß MK-Kämpfer in die Apartheid-Armee integriert werden! Hani benutzte das *Guardian*-Interview, um den nervösen Herrschern zu versichern, daß auch dann, wenn die Kommunisten in der Regierung sind, es keine Kampagne geben wird, die Apartheid-Schlächter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Er sagte:

„Wir planen keinerlei Nürnberger Prozesse, obwohl sie unsere Führer ins Gefängnis warfen und versuchten, so viele von uns durch Operationen jenseits der Grenze umzubringen. Schaut nur auf Genossen Slovo; er sitzt da und redet mit den Männern, die seine Frau töteten.“

Wie grotesk! Slovos Frau, Ruth First, eine kommunistische Führerin, Journalistin und Anti-Apartheid-Aktivistin wurde 1982 durch eine Briefbombe ermordet.

Arm in Arm mit Clinton und dem Kapital

Bei den augenblicklichen Mehrparteien-Gesprächen treten der ANC und die Nationalpartei gemeinsam dafür ein, ihre „Regierung der nationalen Einheit“ durchzudrücken. Die Verhandlungen sind das Nachspiel der CODESA-Gespräche („Convention for a Democratic South Africa“ [Versammlung für ein demokratisches Südafrika]) im Dezember 1991 und Mai 1992, wo Bantustan-Chefs, Quislinge des Dreikammer-Systems, Apartheid-Herrscher und Anti-

Fortgesetzt auf Seite 28



Block von Gewerkschaftern in COSATU/ANC marschiert gegen Kürzungen. Kämpferische schwarze Arbeiterbewegung muß mit ANC brechen, um Apartheid-Kapitalismus zu zerstören

SACCAWU News

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 27

Apartheid-Aktivisten am gleichen Tisch saßen. Begleitet von viel Gerede über Versöhnung, „legten sich die Lämmer mit den Löwen schlafen“ ... bis diese Plaudereien erstickt wurden im Blut der Schwarzen von Boipatong und Bisho, niedergemetzelt von den gleichen rassistischen Kräften, die mit ihren Führern im „Gespräch“ waren.

Als Mandela nach Washington abreiste, um an Bill Clintons Amtseinführung teilzunehmen, sagte er, die Machtteilung werde etwas Zeit brauchen: „Wie lange es dauern wird, bis wir bei ausländischen Investoren das Vertrauen erweckt haben, in unser Land zu investieren, ist etwas, was nur ein Prophet vorhersagen kann“ (*New York Times*, 18. Januar). Um das Vertrauen des Kapitals zu gewinnen, werden ANC/SACP das schwarze Proletariat unter Kontrolle halten, mit politischen und nötigenfalls anderen Mitteln. Die Gewerkschaftsbewegung der Schwarzen entwickelte sich Mitte der 80er Jahre zur Haupttriebkraft des Kampfes gegen die Apartheid. Aber während die Macht der schwarzen Gewerkschaften zugenommen hat, sind sie durch die Volksfrontpolitik der Allianz von ANC/SACP/COSATU (Congress of South African Trade Unions [Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften]) in eine Zwangsjacke gesteckt worden. Ein Netz von „Nationalen Wiederaufbau“-Pakten, Schlichtungsregelungen und -vereinbarungen, nach denen Bergarbeiter nicht für „politische“ Ziele streiken dürfen, fesselt jetzt das Proletariat und schwächt sein Selbstbewußtsein.

In der letzten Zeit treffen sich ständig Wirtschaftsberater des ANC in Europa und Washington mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und De Klerks Finanzminister Derek Keys, dem ehemaligen Vorsitzenden von Gencor, dem zweitgrößten Bergwerkskonzern des Landes, um die Bedingungen für Großanleihen für die zu erwartende Koalitionsregierung auszuhandeln. Ein Mittel, um die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten, besteht darin, sie in die „Mitbestimmungs“-Gespräche des Nationalen Wirtschaftsforums mit der Regierung und den Bossen einzubeziehen. COSATU-Chef Jay Naidoo sagt: „Die romantische Vorstellung von der Diktatur des Proletariats liegt in weiter Ferne“ (*Weekly Mail*, 8. Januar). Inzwischen betet

der ANC herunter, „Wahlen sind die neue Massenaktion“, werden internationale Plaudereien abgehalten, um die Sanktionen aufzuheben und den Geldhahn für Investitionen wieder aufzudrehen, fließt Geld über die britische Labor Party und die schwedischen Sozialdemokraten, um „Wahlhelfer zu trainieren“, und sind „Auslandsbeobachter“ der UNO im Land.

Während Mandela & Co. Wortakrobatik betreiben, um zu erklären, daß dies keine „Machtteilung“ ist (sie haben in gewisser Weise Recht, die Randlords denken nicht ans Teilen), begrüßen wir die offenen Worte von Cosmos Desmond, die den ANC so verärgert haben, als er in der *New Nation* (11. Dezember 1992) schrieb:

„Der Vorschlag von NP/ANC für eine Regierung der nationalen Einheit ist eine Garantie für die fortgesetzte Herrschaft der Weißen, nicht nur bis 1994, sondern für die vorhersehbare Zukunft...“

Der ANC scheint nach dem Prinzip gehandelt zu haben, „wenn du sie nicht schlagen kannst, dann schließ dich ihnen an“... Wenn die Verlierer der Wahl an der Ausübung der Macht teilhaben sollen, warum dann überhaupt erst wählen? Damit sollen bloß Leute eingeseift werden, die nie das Recht hatten zu wählen... Schwarze können Titel und goldene Schärpen haben, aber FW de Klerk wird das Ruder immer noch fest in der Hand haben.

Es ist wahrlich erbärmlich, wenn es mit einer Befreiungsbewegung so weit kommt, daß sie mit der einen Hand nach ein paar Krümeln der Macht wühlt, während sie sich mit der anderen Hand an die Rockschoße des Unterdrückers klammert...

Die Apartheid, die den Weißen so lange Jahre gute Dienste erwiesen hat, erfüllte nicht länger ihren Zweck; ein anderes Mittel mußte deshalb gefunden werden, um das gleiche Ziel zu erreichen. Er [De Klerk] entschied sich schließlich für das Mittel, das, wäre es nicht die Taktik der verhassten Briten gewesen, die Afrikaander vielleicht von vornherein gewählt hätten; kooptiert die Kolonisierten.“

ANC-Ausverkauf – „Patriotische Front“ keine Alternative

Zusätzlich zum Aufbegehren in den Reihen von SACP/ANC kommt Kritik am Abkommen über die Teilung der

Macht auch von anderen schwarzen nationalistischen und linken Gruppen. Aber hinter dem militanteren Geschwafel steckt eine ähnlich opportunistische Politik. Der Panafrikanische Kongreß (PAC) sagte, der ANC und die Nationalistische Partei „werden heiraten und ein Kind mit dem Namen Neokolonialismus zur Welt bringen“. Doch bei der Konferenz im Johannesburger Welthandelszentrum am 5./6. März saß der PAC mit De Klerk, Andries Treurnichts Konservativen und der Abspaltung Afrikaner Volksunie am Tisch zusammen. Und während der PAC wahllose Terrorakte gegen Weiße begeht, hält er seine eigenen Bosberaads mit dem Apartheid-Regime in Botswana ab – sie wollen einfach ein größeres Stück von dem Deal.

Die Mandela-Jubeltruppe der amerikanischen Socialist Workers Party berichtet (*Militant*, 12. März), daß der ANC „darum bemüht“ ist, den PAC und die Azanian People's Organisation (AZAPO) ins Lager der Volksfront zu bringen. In einer Sondersendung der New Yorker Radiostation WBAI, „Afrika-Report“ (2. März), verurteilte AZAPO-Sprecher Pandelane Nepholovodwe die Pläne und sagte, „für AZAPO kann wahre Demokratie nur durch Mehrheits-herrschaft erreicht werden und nicht durch Machtteilung“. Nepholovodwe forderte dann die Bildung einer „patriotischen Front“ als Alternative zum ANC-Plan.

AZAPO, die aus der Black Consciousness Movement [Bewegung für das Bewußtsein der Schwarzen] der 70er Jahre herkommt, ist über die Verhandlungen intern zerrissen. Hauptsächlich aktiv, um auf den PAC Druck auszuüben, wurde sie Ende 1991 in die „Patriotische Front“ von ANC/PAC aufgesogen und verließ diese erst dann, als die kurzlebige PF sich weigerte, die Apartheid-Kollaborateure der „Dreikammer“-Parteien rauszuschmeißen. Weil seine nationalistische Politik auf einem rein demokratischen Programm beruht, basiert AZAPOs Forderung nach einer „patriotischen“ Volksfront auf der „Einheit“ mit aufstrebenden *bürgerlichen* Kräften. Ein revolutionärer Kampf gegen die Apartheid zur Befreiung der schwarzen Massen von Rassenunterdrückung und brutaler Lohnsklaverei erfordert einen Kampf der *Arbeiterklasse* um die Macht, der sich auch gegen diejenigen richtet, die zu den neuen kapitalistischen Herrschern werden möchten.

PAC und AZAPO sähen gerne eine Art schwarzes nationalistisches bonapartistisches Regime, so wie Nkrumahs Ghana, Nyereres Tansania und Kenyattas Kenia. Insbesondere schauen sie auf das Beispiel Zimbabwe, wo nach einem langjährigen Unabhängigkeitskampf gegen die ehemalige britische Kolonie Rhodesien 1980 Robert Mugabes ZANU die Wahlen gewann und eine Regierung der Patriotischen Front bildete, zu der auch Joshua Nkomos ZAPU (die später in die Opposition getrieben wurde) gehörte. In Mugabes Kabinett saßen zwar keine Vertreter der weißen Siedler, und in der westlichen imperialistischen Presse wird er oft als ein Marxist bezeichnet, doch die schwarze Regierung Zimbabwes hat von Anfang an tatkräftig das weiße Kapital geschützt. Eine von den Briten entworfene Verfassung garantierte den 100 000 Weißen der Nation 20 von den 100 Parlamentssitzen und gab dadurch der weißen Minderheit das Recht, alle Änderungen, die die Mehrheit wollte, abzublocken. Das „Lancaster-House-Abkommen“ beinhaltete auch eine Klausel, die für zehn Jahre jede Übernahme von Land oder anderem Eigentum ohne angemessene Entschädigung verbot.

Die für die Weißen „reservierten“ Sitze wurden zwar 1987 abgeschafft, doch Mugabes Regime hat sich geweigert, die weißen kapitalistischen Farmer zu enteignen. Die Regierung der Patriotischen Front hat Streiks gebrochen, Gewerkschaftsführer verhaftet und Studentendemonstrationen brutal unterdrückt, um im Namen des „freien Marktes“ die Aushungerungspolitik des IWF durchzusetzen. In Zim-

babwe hat diese schwarze (kapitalistische) Regierung sich die Amtsbeute geschnappt und einer dünnen Schicht von weißen Farmern erlaubt, auf ihrer Veranda den Abendtrunk zu schlürfen und dabei landlose Siedler durch das Fuchteln mit ihrem Automatikgewehr abzuwehren. Doch in Südafrika, wo der weiße Bevölkerungsanteil fünfmal so groß ist, wo es einen mächtigen bis an die Zähne bewaffneten Staatsapparat und sagenhaft reiche Konzerne gibt, haben die kapitalistischen Ausbeuter nicht vor, im Sonnenuntergang zu verschwinden, wenn Joe Slovos „Sonnenuntergangsklausel“ ausläuft.

Schmiedet eine trotzkistische Partei!

Im gleichen „Afrika-Report“ von WBAI verurteilte Neville Alexander von der Workers Organisation for a Socialist Africa (WOSA) den Verhandlungsprozeß als „initiiert vom Regime, um Zeit zu gewinnen und dem rassistischen kapitalistischen System eine Atempause zu verschaffen“. Doch Alexanders Forderung war die Schaffung einer „nationalen Einheitsfront von all den Kräften, die gegen den Verhandlungsprozeß sind“. Eine solche Front würde beruhen auf „vollem Einsatz für eine demokratisch gewählte verfassunggebende Versammlung auf der Basis von ‚eine Person, eine Stimme‘“. An diesem Programm ist überhaupt nichts sozialistisch – es ist nichts anderes als die wieder aufgewärmte bürgerlich-demokratische „Freiheitscharta“ des ANC.

Südafrikanische Unterstützer der vorgeblich trotzkistischen britischen Workers International League schreiben zwar in *Qina Msebenzi* (Dezember 1992/Januar 1993) über die Notwendigkeit einer Arbeiterpartei, doch ihr Vorbild ist nicht Lenins bolschewistische Partei, sondern Lulas sozialdemokratische PT in Brasilien. Außerdem ruft *Qina Msebenzi* zu einer „kritischen Wahlunterstützung für den ANC“ auf, da es noch keine Arbeiterpartei gibt. Weiter heißt es:

„Wir sagen den proletarischen und jugendlichen ANC-Unterstützern, daß wir ihnen helfen werden, das Vertrauen, das sie dem ANC entgegenbringen, auf die Probe zu stellen. Wir fordern sie auf, innerhalb der ANC-Strukturen und des Kongreß-Milieus insgesamt zu kämpfen...“

Also sollen die Massen der Schwarzen weiterhin innerhalb des ANC kämpfen, statt mit den aufstrebenden Herrschern eines *kapitalistischen* „Nach-Apartheid“-Südafrikas zu brechen. Also hätten in den 20er Jahren die chinesischen Arbeiter und Bauern „innerhalb der KMT-Strukturen und des Kuomintang-Milieus“ kämpfen sollen, wie Stalin ihnen befahl? Dies führte direkt zum Massaker von Schanghai im März 1927, als Tschiang Kai-schek Tausende von chinesischen Kommunisten ermordete, die die Waffen niedergelegt und sich der KMT angeschlossen hatten. Trotzki verurteilte diese kriminelle Politik und rief die chinesischen Kommunisten dazu auf, in ihrem eigenen Namen für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu kämpfen.

Leo Trotzki wies in seinen Thesen über die permanente Revolution darauf hin, daß in der imperialistischen Epoche selbst die grundlegenden demokratischen Aufgaben es erfordern, daß das Proletariat unter der Führung einer kommunistischen Partei die Macht erobert und dann vorwärtsgeht zu sozialistischen Aufgaben. Die Randlords von Südafrika und ihren Staat kann man nicht mit einer „Sonnenuntergangsklausel“ schrittweise loswerden, sie müssen gestürzt, ihre Macht zerstört, ihr Staat zerschlagen und ihr Eigentum enteignet werden, wenn die schwarze Bevölkerung befreit werden soll und mit dem Aufbau einer egalitären Gesellschaft *beginnen* soll. Die Menschen von Soweto und Sharpeville können nicht frei sein, solange der Konzern Anglo-American die Macht hat.

Nach Workers Vanguard Nr. 571, 12. März

Jelzin...

Fortsetzung von Seite 32

Geschäftsmann beim Präsidenten einer pleite gehenden Spar- und Kreditbank einen Überbrückungskredit beantragt.“ Clintons pompöses Versprechen, 1,6 Milliarden Dollar zu geben, brachte kaum mehr als Kredite zum Kauf von überschüssigem US-Weizen und Gelder zur Zerstörung von russischen Atomwaffen. Nach dem Vancouver-Gipfel gab Reichskanzler Kohl eine Erklärung heraus, in der er



Wassili Kornejew

Offizier agitiert gegen Jelzin vor russischem Parlament. Der einzige Weg aus dem konterrevolutionären Chaos ist proletarischer Kampf um die Macht

darin erinnerte, „daß Deutschland seit 1989 mit bisher mehr als 80 Milliarden Mark über die Hälfte der westlichen Leistungen für Rußland erbracht habe“ (*Süddeutsche Zeitung*, 6. April). Klar freuen sich Jelzin und Clinton auf das G7-Treffen in Tokio am 14./15. April, um das russische „Weiße Haus“ mit einem „Batzen Dollar“ aus der Patsche zu helfen, oder besser gesagt, mit einem Batzen Yen und DM.

Und Jelzin braucht jede Hilfe, die er nur bekommen kann. Wenige Tage nach der Ausrufung der „Präsidialherrschaft“ am 20. März und der Erzwingung einer offenen Konfrontation mit dem Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow überlebte Möchtegern-Zar Boris nur knapp eine Abstimmung im russischen Kongreß über seine Amtsenthebung. Obwohl Chasbulatow einen Kuhhandel mit dem Ziel betrieb, einen gemäßregelten Jelzin im Amt zu belassen, stimmte der Kongreß mit einer überwältigenden Mehrheit von 617 zu 268 für den Sturz des Präsidenten und verfehlte damit nur knapp die erforderliche Stimmzahl. In einer weitschweifigen Rede vor dem Kongreß sah sich Jelzin gezwungen, „Fehler“ in seinem monetaristischen Wirtschaftsprogramm zuzugeben und eine mehr „sozial orientierte“ Politik zu versprechen.

Der Kongreß ging auch daran, das von Jelzin beabsichtigte Referendum zu entstellen, das als ein Plebiszit zur Abseignung einer diktatorischen Herrschaft gedacht war. Jetzt werden die Wähler auch gefragt, ob sie „die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung billigen“. Da der Lebensstandard in den letzten zwei Jahren um 40 Prozent gesunken ist, wird die Antwort wahrscheinlich ein überwältigendes „Nein“ sein. Wie David Shipler im *New York Times Magazine* (4. April) schrieb: „Schließlich gibt es eine klare Antwort auf die Frage: Geht es Ihnen unter Jelzin besser als unter Breschnjew?“

Doch die implizit angebotene Alternative ist die Unterstützung der nationalistisch-korporatistischen Politik der oppositionellen, von Vize-Präsident Alexander Ruzkoi und

dem Sprecher der Fabrikdirektoren, Arkadi Wolski, geführten Bürger-Union, mit den stalinistischen „Patrioten“ und ihrer „rot“-braunen Koalition im Schlepptau. Wo Jelzin und seine von der Harvard-Denkfabrik geförderten Wirtschaftswunderknaben, die Ruzkoi einmal als „die Jungs mit den rosa Höschen“ bezeichnete, im Namen der Privatisierung ganze Industriezweige dichtmachen wollen, da benötigt Ruzkoi-Wolskis Programm zur Erhaltung der Schwerindustrie, eine massive Infusion internationaler Investitionen – die ausbleibt. Die russischen Arbeiter haben vom Ergebnis dieses Referendums, der Fortsetzung eines Machtkampfes zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Konterrevolution, nichts zu gewinnen.

Linke Organisationen wie Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat und Workers Power in Britannien (hier Arbeitermacht) argumentieren *jetzt*, daß Jelzin „der Hauptfeind“ ist. Sie behaupten, daß die Imperialisten geschlossen hinter ihm stehen, denn „für Washington und London ist es lebenswichtig, Jelzin zu unterstützen“. Aber als er im August 1991 die Macht eroberte und erklärte, er werde die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats herbeiführen, drängelten sich diese Pseudo-Linken auf der Seite von *Jelzin und den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution*. An jeder Front – von Ostdeutschland bis Polen, dem Baltikum und Rußland – haben diese Gruppen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution offen oder implizit unterstützt.

Einzig wir von der Internationalen Kommunistischen Liga stellten uns allgemein gegen die Restauration des Kapitalismus. Gegen Walesas Griff nach der Macht 1981 forderten wir: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ In Deutschland 1989/90 erklärten wir unzweideutig: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Zur Zeit von Jelzins Gegenputsch im August 1991 proklamierten wir: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ Wir kämpften für das trotzkistische Programm der proletarischen politischen Revolution, von Ostberlin bis Warschau und Moskau, um den konterrevolutionären Sturmangriff zu besiegen und die bankrotten stalinistischen Bürokratien zu stürzen.

Und als es klar war, daß die Kräfte der kapitalistischen Restauration es erreicht hatten, den Arbeiterstaat zu zerstören, sagten wir die bittere Wahrheit: „Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag“ (*Spartakist* Nr. 100, Januar). Wir stellten die Losung auf: „Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!“ Unter den schwierigen Bedingungen des konterrevolutionären Chaos haben wir Spartakisten versucht, in der Sowjetunion den Kern einer Partei unter dem Banner von Troztkis Vierter Internationale zu schmieden.

Tatsächlich stecken die Imperialisten in einem Dilemma, wie sie in Rußland vorgehen sollen. Jelzins Hauptunterstützung kommt aus Washington, aber die Clinton-Regierung drückt sich vorsichtig aus. Bei dem öffentlichkeitswirksamen Showauftritt in Vancouver gelobte Clinton, Jelzin zu unterstützen, „solange“ er „der rechtmäßig gewählte Präsident Rußlands“ sei. Wie lange wird das sein? Die *Neue Zürcher Zeitung* (21./22. März), Sprachrohr der Schweizer Bankiers, fragte in einem Artikel auf der Titelseite: „Rettet Jelzin – unter allen Umständen?“, und wies warnend auf die Notwendigkeit hin, „andere Optionen offenzuhalten“.

In der gesamten Bevölkerung herrscht Wut über das Wirtschaftschaos und die vom Internationalen Währungsfonds diktierte und von Jelzin durchgesetzte „Schockbehandlung“. Die westliche Presse spielte zwar eine Streikdrohung der vom CIA unterstützten Führer der Bergarbei-

Alltagsszene in der ehemaligen UdSSR: Menschen wühlen in Müllbergen nach Lebensmitteln. Zerstörung des Arbeiterstaats führte zu unbeschreiblichem Elend, zu Antisemitismus und nationalistischem Blutbad zwischen den Völkern



Der Spiegel

tergewerkschaft im Kusbass hoch, Jelzins Griff nach der Macht zu unterstützen; doch eine Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters konnte selbst in diesem relativ privilegierten Bereich praktisch keine Unterstützung für Jelzins Politik feststellen. „1991 versprach man uns verbesserte Lebensbedingungen und eine stabile Wirtschaft“, regte sich ein Bergarbeiter im Kusbass auf. „Alles, was wir kriegten, waren die Spekulanten.“ Was das Militär betrifft, so sagte ein Offizier der Elite-Division „Dscherschinski“ ganz unverblümt: „Ich glaube keinem von ihnen. Wenn mir jemand ein gutes Gehalt zahlt, mir eine Wohnung gibt und mir ein Auto besorgt ... das ist derjenige, dem ich dienen würde.“

Also besteht die Pattsituation weiter. Aus Angst vor „Chaos auf den Straßen“ und um zu vermeiden, daß die unzufriedenen Streitkräfte mit hineingezogen werden, beeilten sich sowohl Jelzin als auch seine Gegner, eine potentielle totale Konfrontation zu entschärfen. Im Augenblick hat die Hitze nachgelassen, da beide Seiten sich auf das Referendum vorbereiten. Aber die gegenwärtige Lähmung kann nicht lange andauern. Ohne proletarische Kämpfe rast Rußland so oder so auf eine bonapartistische Diktatur zu, ob unter Jelzin oder Ruzkoi oder noch extremeren nationalistischen/faschistischen Kräften.

Karl Marx hatte eine Menge zu sagen über das Phänomen des Bonapartismus, wo ein nationaler „Erlöser“ sich über die konkurrierenden Cliquen und Fraktionen erhebt, um die gemeinsamen Interessen der herrschenden Klasse zu verkörpern. In seiner 1852 verfaßten Schrift *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, über die Machteroberung des Emporkömmlings und Kaisers, der in Frankreich von 1850 bis 1871 herrschte, bemerkte Marx: „Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage [von 1848] zur *Partei der Ordnung* vereint gegenüber der proletarischen Klasse...“ Das Parlament wurde gelobt, weil es „die Gesellschaft ‚gerettet‘ [hatte] gegen ‚die Feinde der Gesellschaft‘.“ Doch zwei Jahre später, nachdem es der parlamentarischen Ordnungspartei nicht gelungen war, eine durchgängige konterrevolutionäre Politik zu entwickeln, wurde sie nach dem Versuch, den „Präsidenten“ Bonaparte des Amtes zu entheben, kurzerhand aufgelöst:

„Die Finanzaristokratie verdammt also den parlamentarischen Kampf der Ordnungspartei mit der Exekutivgewalt als eine *Störung der Ordnung* und feierte jeden Sieg des Präsidenten über ihre angeblichen Repräsentanten als einen *Sieg der Ordnung*.“

Kurz, wie der Londoner *Economist* am 29. November 1851 schrieb: „Auf allen Börsen von Europa ist der Präsident nun als die Schildwache der Ordnung anerkannt.“

Vor weniger als zwei Jahren, während der „Augusttage“ von 1991, pries das internationale Finanzkapital Jelzins

„Kampf für Demokratie“; eine solide Mehrheit des russischen Parlaments stellte sich hinter Jelzin gegen den „Kommunismus“. Jetzt gibt es endloses Gezänk zwischen der parlamentarischen Ordnungspartei und der Exekutivgewalt. Der *Economist* (27. März) verkündet, die Wahl laute „Stalin oder Jelzin“. Handelt es sich bei Jelzins Unterstützern um Yuppie-Spekulanten, Schwarzmarkt-Mafiosi, Wachschutz-Agenten und militärische Abenteurer, so denke man an Marx' Beschreibung von Louis Bonapartes Anhängern: „neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni [Bettler], Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus [Zuhälter], Bordellhalter“, usw. usf.

Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied. Hinter dem kunterbunten Haufen von Lumpenproletariern, die Bonapartes Stoßtruppen darstellten, stand die Macht des Finanz- und Industriekapitals und das zahlenmäßige Gewicht einer konservativen Kleinbauernschaft. Jelzin scheint heute über einem Abgrund zu schweben, ohne wesentliche Unterstützung in der Gesellschaft. Sie versuchen Kapitalismus in Rußland ohne Kapital und ohne eine zusammenhängende Bourgeoisie aufzubauen. Wenn einer der Konkurrenten ein bedeutendes soziales Gewicht hat, dann ist es Wolskis „Industriepartei“ und Ruzkoi's „Militärpartei“. Doch gerade diese Kräfte, die lautstark nach Ordnung rufen, werden von westlichen Pseudolinken (die in den „Augusttagen“ Jelzin als den Garanten für „Demokratie“ unterstützten) für das kleinere Übel gehalten.

Die kapitalistische Restauration setzt die bloße Existenz des Industrieproletariats in Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken aufs Spiel. Aber die Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich selbst zu verteidigen, hat durch jahrzehntelange stalinistische Mißwirtschaft schrecklichen Schaden erlitten. Die überwiegende Mehrheit der Werktätigen steht dem Schaukampf im Kreml gleichgültig gegenüber und tut ihn als Streiterei zwischen selbstsüchtigen Politikern ab. Doch Zynismus ist auch ein Mittel, um die Arbeiter gegenüber ihren Klassenfeinden politisch zu entwaffnen.

Rußlands multinationales Proletariat muß das Verständnis zurückgewinnen – das in der bolschewistischen Revolution ihre Vorfahren anspornte –, daß es die *politische Macht* erobert und die Gesellschaft in seinem eigenen Interesse reorganisieren kann. Dazu bedarf es vor allem der Bildung einer wahrhaft kommunistischen Partei, ausgehend von den internationalistischen Traditionen Lenins und Trotzki's, um den Kampf für die sozialistische Revolution gegen alle Flügel von Rußlands neuen Ausbeutern und ihren imperialistischen Paten zu führen.

Nach Workers Vanguard Nr. 573, 9. April

SPARTAKIST

**Zerschlagt die Neo-Apartheid!
 Für eine auf Schwarze gestützte Arbeiterrepublik!**

Südafrika: Schwindel über „Machtbeteiligung“



**Johannesburg im
 Februar: Protestierende
 Taxifahrer trotzen
 Apartheid-Einsatzpolizei**

Financial Times

6. MÄRZ — Nachdem der Afrikanische Nationalkongress (ANC) geheime Treffen mit den Apartheid-Herrschern (sogenannte Bosberaads oder „Buschberatungen“) abgehalten hatte und weil er sich nach den Bedingungen von Washingtons Diktat richtete, verkündete er Ende Februar seine Zustimmung zu einer Koalitionsregierung mit dem Regime der weißen Vorherrschaft. Nachdem die Verhandlungen zehn Monate lang unterbrochen waren, stimmte dieses

Wochenende eine Mehrparteien-Konferenz in Johannesburg ernsthaften Verhandlungen zu, bei denen Anfang April eine Übergangslösung ausgearbeitet werden soll. Während seine Führer Reden schwangen, wurden zehn Unterstützer des ANC von Mordschützen in Natal niedergemäht.

Die geplante „Regierung der nationalen Einheit“, in der der ANC, geführt von Nelson Mandela, gemeinsam mit

Fortgesetzt auf Seite 26

Moskau: Streit unter Dieben Jelzin trifft seinen Lehnsherrn

Rußlands Präsident Boris Jelzin hatte gerade zwei Wochen zuvor mit dem Scheitern seines bonapartistischen Griffs nach der Macht ein Fiasko erlebt, da jettete er Anfang April nach Vancouver, um US-Präsident Bill Clinton zu treffen. Dahinter steht der Versuch, Jelzins sinkende Aussichten beim kommenden Referendum am 25. April zu verbessern. Beim Händeschütteln mit Jelzin mahnte Clinton eindringlich: „Viel Glück“. Doch für Jelzin und seinen amerikanischen Schutzherrn könnte dies bestimmt eine „Viel-Pech-Situation“ sein. Die Frankfurter Banker zogen Gorbatschow vor, der ihnen den deformierten Arbeiterstaat DDR auslieferte. Sie halten Zar Boris für ein Produkt „made in the USA“, in

das sie wenig Vertrauen haben. Nach dem Gipfel sagte ihr Sprachrohr FAZ (6. April) über den amerikanischen Hoffnungsträger, er „sollte nicht auch noch in der Annahme bestärkt werden, ihm allein komme das entscheidende Wort beim Neuordnen der Erbgemeinschaft des östlichen Imperiums zu.“

Dies war eindeutig ein Treffen zwischen einem kriecherischen Lakai und seinem knauserigen imperialistischen Zahlmeister. Ein ungewöhnlich ehrlicher Artikel in der *New York Times* (5. April) brachte eine wunderbare Darstellung der ganzen Angelegenheit: „Das Treffen hatte all die Dramatik, als wenn ein bankrotter

Fortgesetzt auf Seite 30